

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1916

122 (25.5.1916)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Blagen od. am Postkassaltr. monatl. 75 Pfd., 1/2jährl. 2,25 M., Abgeholt durch unsere Träger 85 Pfd. bzw. 2,55 M., durch den Postkass. 89 Pfd. bzw. 2,67 M., durch d. Feldpost 90 Pfd. bzw. 2,60 M.; vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 Pfd. 3. Abgangzeitung billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zudor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gsch & Cie., Karlsruhe

Die Seelenwende.

Wer dachte nicht an den Frieden? Wer denkt an die Zeit nach dem Frieden! Die Welt steht unter einer gebietenden Vorstellung: Laßt erst Frieden sein und alles wird sich finden. Wenn die Männer erst wieder zu Flug und Schraubstock und Schreibstift zurückgekehrt sind, dann geht das Leben wieder im gebahnten, allen wohlvertrauten Geleise weiter. Es ist begreiflich, daß das übermächtige Begehren nach des Waffenhandwerks Feierabend alle anderen Gedanken zurückdrängt und vergessen läßt, wie sehr die Abrüstung des Krieges zur Rüstung für den Frieden heißt. Waffenruhe ist doch der normale Zustand der Gesellschaft, ihr Gleichgewicht. Bewegung fordert äußeren Anstoß, Gleichgewicht stellt sich von selbst her und verharrt in sich; wozu also Rüstung zum Frieden?

Ein Feldzug von Wochen, ein Krieg von Monaten ist ein bedeutender Zwischenfall im Leben der Völker, ein Krieg von Jahren aber ein Schicksal. Wir wollen heute nicht die gewaltigen Umwälzungen im Wirtschaftsleben ins Auge fassen, nicht den Wandel innerhalb der Bauernhöfe und der Sandwerkerlube, nicht die Verchiebung auf den Märkten, in den Welthandelsströmen, auf dem Weltmarkt. Wir wollen dem Menschen, dem einzelnen, unser Augenmerk zuwenden.

Ein Jahrtausend von Wochen und Monaten ergänzt und bereichert das Wissen; zwei Jahre Unterricht, ein Anjahungsunterricht, der die Lage ausfüllt und den Schlaf der Nächte durchweht, der das tiefste Innere des Gemüts durchwühlt mit der ganzen Abfolge des Erlebnisses vom Kampf des Triumphes bis zur Erfahrung des Todes — das ist eine Hochschule, die die Seelen nicht bloß ergänzt und wandelt, sondern umformt. Und so wird es, so muß es wohl wahr sein, daß dieser europäische Krieg andere Menschen zurückläßt, Menschen, die wir noch nicht kennen, die sich selbst noch nicht kennen, da sie nicht die Probe auf die geänderten Verhältnisse zu machen in die Lage verlegt sind. Man vermutet nicht, daß wir hier vom „Seelenaufschwung“ des Kriegesbeginnes reden; über den so viel Streit war. Die Psychologie des Anfangs ist längst dahin. Aber wir reden auch nicht von der Psychologie des Endes, nicht vom augenblicklichen Jubel aller beim ersten Anschlag der Friedensglocke, nicht von dem, was ihm auf dem Fuße folgte, dem Hochgefühl des Sieges und der tiefen Niedergeschlagenheit der Niederlage. Entgegenge- setzt werden die Seelenverfassungen der Völker sein, je nachdem sich die Waage neigt, und Jahrzehnte wird es dauern, bis sich hierin ein Gleichgewicht herstellt. Wir aber wollen von jenem Wandel sprechen, der nach dem Friedensschluß bei allen vollzogen und wirksam sein wird, der wohl einen veränderten Typus des Europäers schaffen wird.

Man wägne nicht, daß Millionen Menschen ohne Nachwirkung — um nicht zu sagen ungefragt — aus dem engen Zirkel ihres Daseins herausgerissen und mehr als vier Sonnenwenden lang über alle Gestirne Europas, durch viele Städte und wechselndes Gelände geführt werden. Im stillen Dorfe war der Landmann, in enger Kleinstadt der Sandwerker zufrieden, im Häuermeier der Großstadt der Städter abgegeschlossen. Jedem war sein Ziel auch seine Welt. Nun aber ist dem Europäer, der zu neun von zehn noch immer sesshaft war, sesshaft mindestens im Denken, die Welt so unendlich groß und weit geworden. Die überliefernten Umgrenzungen des Daseins sind niebergerissen. Nach dem Gesetz des Widerstands, das ja auch unsere Sinne, unser Fühlen und Denken beherrscht, ist freilich heute übergewaltig die Sehnsucht nach dem Trich in der Elternstube, nach dem eigenen Bett, nach dem Brunnen vor dem Tore, nach dem stillen, engen Kreise heimatischen Wirkens. Aber es wird uns ergeben wie dem in die große Welt verschlagenen Bauernkind, das sich durch Jahre sehnt, wieder einmal unter dem elterlichen Dache zu schlafen und Mutterkost zu essen, und das, wenn es zwei Tage von dem Glück genossen, mit einemmal alles schal und ärmlich und unerträglich findet. Ein unstillbarer Wandertrieb, eine unbändige Weltlust, ein beharrliches Streben ins Weite wird in den Seelen der Vorkinder zurückbleiben, ein quälendes Unbehagen an engen Verhältnissen, das den Typus der Sesshaftigkeit auslöscht. Nun werden sie alle die Abenteuerlust des Reiselaufers und die Unrast des Wikingers hüten, nun ist das Erbteil des Mittelalters, die geistige Schollenpflicht, in den Massen dahin.

Die Malkunst hat sich oft zum Vorwurf gesetzt, das wunderbar friedsame Auge des Kindes auf die Feindwand zu bannen; das wilde Getier aber hat brennende Augen. Das Geschlecht, das zurückbleibt, wird brennende Augen haben. Nun sehnt sich alles nach Stille, nach dem ruhigen Atem der Ereignislosigkeit. Aber unsere Männer sind nun furchtbare Seelenpannungen gewohnt, sie stehen seit vielen Monden im titanischen Geschehen, das Furchtbare vollbringend und erlegend. Sie haben auch in sich die ganze Weite des menschlichen Seelenlebens durchgemessen, sie haben auch die innere Welt unendlich groß und weit gefunden und die Sensationen des Alltags werden ihnen bald als Langweile und Lächerlichkeit gelten. Ein großes Erleben selbst um den Preis großer Mühe, selbst um den Preis des Unterganges — dieses Verlangen bleibt. In der bisherigen Gefühlswelt überwiegt die Scheu vor dem Unbekannten, dem Außerordentlichen, geradezu die Furcht

etwas erleben zu müssen. Sein Tag, wie sein Lebenswerk schließen wie die Uhr ihren Kreislauf — das war wohl bei der großen Mehrheit unserer Völker der ideale Lebensinhalt. Nun, da alle Sterne aus ihrer Bahn getreten und wie Kometen schweifend, ist das Wunschbild des Lebens nicht mehr das zwiefach Erhabene Kant's: der gestirnte Himmel über mir und das Sittengesetz in mir, dieses doppelte Uhrwerk in der großen Welt draußen und der kleinen Welt in uns. Das Außerordentliche als Lebensinhalt — das wird die Psychologie einer neuen Zeit sein.

Es hat aber auch sonst große und lange Kriege gegeben. Aber der Krieger war bloß ein Heiner, wenig geachteter Stand neben den anderen Ständen, die den Krieg über sich ergehen ließen wie Bauernhöfen einen Sturm. Diesen Krieg aber haben alle mitgekämpft und was sonst des Soldaten Besonderheit war, wird nun lange Bürgerart bleiben. Damit haben wir zu rechnen. Es kommt ein Geschlecht mit brennenden Augen.

Und mit zugreifenden Händen. Es mußte ja keiner, was er über sein Tagewerk hinaus noch imlande ist. Nun hat er erfahren. Wir haben ja so vieles nicht für „menschennützlich“ gehalten und es wurde wirklich. Diese Tatkraft des einzelnen, sein Wagenamt wird gesteigert sein, im Guten wie im Schlechten. Aber auch sie erhalten ihre eigenartige Färbung durch diesen Krieg. Das Geldhafte früherer Kriege war die Reiterart, der sichere Schuß, die verwegene List des einzelnen. Das Große in diesem Kriege ist die Massenleistung. Die zwingende Vorstellung bringt jeder aus dem Felde mit heim: Organisation und Technik besiegen alles. Noch stand ein hoher Bruchteil, gewiß mehr als die Hälfte unseres Volkes, im Sinne des Dürckrauterglaubens. Wie sich der Bürgerkrieger angeordnet hat, Fleisch zu essen, so hat er an den wissenschaftlich gebildeten Arzt glauben gelernt. Dieser Wandel ist indessen nicht bloß auf die eine Wissenschaft beschränkt, wie ja auch der Dürckrauterglauben nicht auf die Medizin; der Landwirt, der im Vertrauen auf den Altväterbrauch die Methoden der wissenschaftlichen Betriebsführung verachtete, der Sandwerker, der die Art der alten Meister für die höchste Weisheit hielt, und mit ihnen die ganze konservative Gesellschaft huldigen demselben Aberglauben. Die übermächtige Technik dieses Krieges, die nicht nur Bergkuppen absprengt und Ströme mit Gedankenschnelle überbrückt, sondern auch Tausende hoch hinter der Front durch Arbeitskommanden anbaute und ertotet, nicht nur Festungen schleift, sondern auch Barackenstädte, Bahnhöfe, Werksanlagen aus dem Boden stampft, hat die selbstgefällige Vergötterung des alten Schlenkrians, die Ueberhebung des Künstenkults tief gedemütigt. So trägt der Krieg sicherlich dazu bei, dem europäischen Menschen nicht nur die Reste der Scholle, sondern auch die Gerisalen der Geschichte abzustreifen. Der Ballast an Paganismus und Historismus, den wir noch mit uns geschleppt haben, ist sicherlich leichter geworden.

Technik ist Organisation der Naturkräfte, Organisation aber die eigenartige Technik der Menschenkraft. Der Krieg hat die umfangreichsten und stammtesten Massenansammlungen vorgeführt, die bisher die Erde getragen hat, er hat das Höchstmögliche an Befehl und Gehorsam, Ueber- und Unterordnung, Zusammenfassung und Eingliederung, an gesellschaftlicher Maschinerie auf die Bühne gebracht, aber so, daß jeder Mitspieler war. Und so ist denn jedermann eingeweiht nicht bloß in die gewaltige Steigerungsfähigkeit der individuellen Wirksamkeit im Rahmen der Masse, sondern auch in das Geheimnis des Organisierens selbst, der guten und schlechten Organisation, der richtigen Bedingungen wie der falschen Unkosten des Organisierens. Sie alle wandeln ja täglich und stündlich in ihren Gesprächen über dienstliche und taktische Fragen nur den einen Gegenstand ab: Wie wird zweckmäßig, wie wird sinnwidrig organisiert? Sie haben nun den Blick für diese Frage bekommen. Das abgelaufene Zeitalter aber war durchaus anders geartet, da es in allem und jedem individualistisch dachte und immer nur fragte: Was soll ich, was ist mein Recht, meine Pflicht, meine Bestimmung, was ist mein Gewinn? Der Einzelne und sein Eigentum standen im Mittelpunkt des wirtschaftlichen und politischen Denkens wie der sozialen Geltung. Der Massentritt der Armeen ist über die Grenzraine der einzelnen durch mehr als zwei Jahre hinweggeschritten, andere Ziele haben es gelehrt, als die Lebenssphäre des beinahe zufällig begegnenden Individuums behutamt zu wahren. Solch Geschehen vergräbt sich nicht. Selbst die englische Klasse, die erste Vertreterin und letzte Nachhut des Individualismus, hat sich unter den Zwang der Organisation gebeugt, ihn durch freien Beschluß auf sich genommen. Ein ganzes Zeitalter, das sich die Grundrechte der Individuen zu schaffen und auszubauen zur besonderen Aufgabe gestellt hat, das Zeitalter des bourgeoisen Rechtsstaates hat seine Herrschaft über die Seelen verloren. An Stelle des Ichs ist das Wir getreten! Was sollen wir, wie können wir uns aus wirksamste organisieren und wozu dient unsere organisierte Gemeinschaft, wie grenzt sich Organisation von Draufzitation ab im Raume in

der Aufgabe, in der Berechtigung? Das Gemeinschaftsrecht steht in Einkunft in Frage und, wie sehr sich zunächst die überlieferte Weise zu denken und zu fühlen da wieder aufbauen wird, eine volle und entschiedene Umkehr des sozialen Willens kommt zum Durchbruch.

Niemals in der Geschichte, bei keiner ihrer großen Wendungen geschah, was diesmal geschieht: alle Männer vom ersten Flaum bis zum ersten Weißhaar sind auf Leben und Sterben mit ihrem Staat verknüpft gewesen. Und sie tragen die Einsicht als unerlöschliche Ueberzeugung mit in den Frieden hinüber, daß an der guten oder üblen Führung der öffentlichen Angelegenheiten beinahe leiblich auch das Los des Bürgers hängt. Darum werden die Männer im künftigen Frieden alle politisch denken, sofern sie nur überhaupt des Denkens fähig sind. Der Bürger des neunzehnten Jahrhunderts war in erster Linie Privatmann und die Politik war ihm eine halb unernste Sonntagsbeschäftigung. Der Bürger des zwanzigsten Jahrhunderts wird zunächst ein öffentliches Wesen sein. Die Probleme des Staates haben sich erweitert — ist doch das, was wir essen, die Art, wie der Landwirt düngt, selbst die Kleidermode Gegenstand des staatlichen Interesses geworden. Und so sieht sich auch jedes Privatinteresse immer wieder auf den Staat, auf die Gemeinschaft zurückgeworfen. Auch das muß einen völligen Wandel unserer Seelenverfassung bedürfen. Man wird mit Recht die Geschichtsperiode des privaten Wesens mit 1914 schließen und das neue Kapitel überschreiben: Das Zeitalter des öffentlichen Geistes.

Indem wir diesen Dingen nachsinnen, will es uns bedünken, als ob viele, die heute noch das öffentliche Wort führen, sprechen wie aus Grüften, als ob die Schulmeister der Öffentlichkeit in verflungenen Sprachen lehrten vor Wänden, die sich mit Höglingen nicht mehr füllen werden. Eine andere Zeit steigt herauf, eine Zeit voll gewaltiger Unrast und gären- der Tatkraft. Wir harren ihrer.

Bethmann an Grey.

Frieden nach der Kriegslage.

Der deutsche Reichskanzler hat sich bereit, die Unterredung Sir Edward Greys mit dem Vertreter der „Chicago Daily News“ in einem Gespräch mit dem Berliner Vertreter der „New York World“ zu beantworten. So begegnen die beiden Staatsmänner einander auf dem neutralen Boden der amerikanischen Presse mit Rede und Gegenrede.

Man geht kaum fehl, wenn man sowohl in Herrn Bell, der den englischen Minister ausfragte, wie in Herrn v. Biegan, der sich mit dem deutschen Kanzler besprach, die Werkzeuge eines einheitlich gerichteten Willens erblickt. Wir werden in dieser Annahme durch eine Depesche bestärkt, die Herr v. Biegan der deutschen Presse übermittelt und die folgendermaßen lautet:

„Vorigen Samstag deutete Präsident Wilson in einer seiner Reden an, daß die Zeit für Amerika, seine Dienste für Friedensvermittlung anzubieten, in die Nähe rückt. „Der Krieg“, sagte er, „ist zum Stillstand gekommen, und bei Dingen, die mit Gewalt nicht zu bemeistern sind, müssen Beratungen eintreten.“

Es handelt sich also bei den beiden Unterredungen um einen Versuch, indirekter Fühlungnahme, der das Vorspiel wirklicher Beratungen werden könnte — freilich noch nicht werden muß. Denn der Inhalt der Unterredungen zeigt, daß man von beiden Seiten noch ein gut Stück Weges zurückzulegen hat, um einander näher zu kommen.

Die Antwort des Herrn v. Bethmann an Grey behandelt in etwa drei Vierteln ihres Inhalts die Vorgeschichte des Krieges, die schon bis zum Ueberdruß erörtert worden ist. Viel mehr als die Frage, wie man in dieses Unglück hineingeraten ist, interessiert die Welt das schwierige Problem, wie man aus diesem Unglück wieder herauskommt. Sir Edward Grey hat für die Lösung dieses Problems eine moralische Formel gefunden, er verlangt „Gutmachung des Unrechts“. Herr v. Bethmann sucht in dem letzten Viertel seines Gesprächs, das von der Zukunft handelt, eine realistische Lösung: er fordert Frieden auf Grund der Kriegslage.

Auch im gegnerischen Ausland wird man sich dem, was an dieser Formel berechtigt ist, nicht verschließen können. Denn eine Friedenskonferenz ist leider nun einmal keine Sittenkommission und kein unparteiisches Gericht, sie hat nicht Recht, sondern einen Ausgleich der Interessen nach Maßgabe des gegebenen Kräfteverhältnisses zu finden. Die militärischen Tatsachen lassen sich bei einem Friedensschluß nicht ausschalten. Wären aber die Gegner grundsätzlich bereit — sie sind es leider noch nicht — einen Frieden auf Grund der gegebenen Kriegslage zu schließen, so würde sich sofort ergeben, daß in der Beurteilung dieser Kriegslage die weitestgehenden Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Deutschland wird, wie es der Reichskanzler schon in einem Gespräch tat, die Kriegslage zeigen. Es wird darauf hinweisen, daß die deutschen Heere gewaltige Gebiete des Gegners besetzt halten, daß jeder Versuch, sie zurückzuwerfen, vergeblich gewesen ist, und daß sich die Bewegung, soweit sie auf den Kriegsschauplätzen noch vorhanden ist, immer noch zugunsten der Centralmächte vollzieht. So vor Verdun und in Südtirol, eine Ausnahme macht nur der fern abgelegene russisch-türkische Kriesschauplatz.

Die Gegner werden darauf erklären, daß die Vorwärtsbewegung der Zentralmächte im wesentlichen zum Stillstand gekommen sei. Sie verfügten über mehr Menschen, mehr Geld und mehr Mittel als wir. Ihnen stünden die Seewege offen, die uns verschlossen seien. Denke man sich den Krieg ins Unbestimmte verlängert, dann sei ihnen der Sieg gewiß, da Deutschland wirtschaftlich und schließlich auch militärisch zusammenbrechen müsse.

„Wir sind nicht besiegt, und wir werden siegen!“ so klingt es von England nach Deutschland herüber. „Wir sind nicht besiegt, und wir werden siegen!“ so hallt es von Deutschland nach England zurück.

Es handelt sich nur in diesem Zusammenhang nicht darum, zu untersuchen, wer in seiner Beurteilung der Zukunft Recht hat, sondern nur darum, die Gegenläufigkeit der beiderseitigen Auffassungen festzustellen. Aus ihr ergeben sich die großen Schwierigkeiten des Friedensschlusses auf Grund der Kriegslage, wie ihn Herr v. Bethmann anstrebt.

Wie haben sich angesichts dieser Tatsachen die Anhänger des Friedens in beiden Lagern zu verhalten? In den Ländern der Gegner werden sie die Einsicht fördern müssen, daß Deutschland auch in einem noch so langen Kriege wirtschaftlich und militärisch nicht auf die Knie zu drücken ist. In Deutschland aber werden sie mit Nachdruck auf die Tatsache hinweisen müssen, daß das eigentliche Ziel jeder militärischen Operation, den Willen des Gegners zu brechen, in einem fast zweijährigen Krieg noch nicht erreicht worden ist, und daß dieses Ziel angesichts der Größe der gegnerischen Koalition auch in einem noch Jahre dauernden Kriege nicht mit Bestimmtheit erreicht werden kann.

Haben die Anhänger des Friedens auf beiden Seiten in diesem Sinne Erfolg und tritt inzwischen keine entscheidende Aenderung der Kriegslage ein, so werden die Gegner zu Friedensverhandlungen bereit sein, in denen sie die Zentralmächte als gleich starke anerkennen. Würde man sich aber darauf berufen, in Verhandlungen nur unter der Bedingung einzutreten, daß von der andern Seite die erwiesene und dauernde Ueberlegenheit des Gegners anerkannt wird, dann wären wir vom Friedensschluß noch weit entfernt, die Gespräche der Staatsmänner würden verstummen und die Waffen würden weiter sprechen, bis — vielleicht bis man auf beiden Seiten einseht, daß man nur doch den Frieden schließen muß, den man schon früher hätte haben können.

Manches steht in der Unterredung des Herrn v. Bethmann nicht, was man gern darin gelesen hätte. Man findet darin nur eine allgemeine Formel, keine konkreten Vorschläge. Aber vielleicht hat der Reichskanzler mehr zu sagen, als er einem Zeitungsmann zur Veröffentlichung in der Presse sagen zu können glaubt, vielleicht hat er es schon gesagt. Wir wissen es nicht, aber wir wünschen und hoffen es. Denn wir wünschen und hoffen, daß die Gespräche Greys und Bethmanns nichts sein sollen als ein kleines Zwischenstück im blutigen Drama, mehr als ein geringfügige Episode im waffenklingenden Gang der Weltgeschichte. Der fast zwei Jahre dauernde Krieg hat gezeigt, daß es auch der stärksten Koalition nicht möglich ist, Deutschland niederzuzwingen. In dieser Tatsache und in den graulamen Erfahrungen des Krieges erblicken wir die stärkste Garantie für die fünfjährige Sicherheit Deutschlands und für die Erhaltung des Weltfriedens, eine viel stärkere Garantie als in einem Friedensschluß, der die Gegner des Reiches zu einem Vergeltungsbund zusammenschmieden würde. Nicht „Hinausschiebung“ der Grenzen und damit des Kriegsendes ins Ungewisse, sondern Erhaltung Deutschlands durch erfolgreiche Verteidigung und Beschleunigung des Friedensschlusses, das sei die Lösung!

Zur Vereinsgesetz-Novelle.

Teilweiser Erfolg — oder zwecklose Demonstration.

Vor diese Frage war die sozialdemokratische Fraktion gestellt, als sie beschloß, in der Vereinsgesetzkommission gegen Anträge zu stimmen, die sie selbst wiederholt im Reichstag eingebracht hatte.

In der Sache selbst war die Fraktion sich bereits im Dezember 1915 einig. Der Fraktionsvorsitzende, der gerade an dem Tage (21. Dezember) sein Amt niedergelegt hatte, erklärte, daß, wenn die in Aussicht gestellte Vorlage den Ansprüchen der Gewerkschaften genügt, davon abgesehen werden müsse, weitergehende Anträge zu stellen. Von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, deren Führung der frühere Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion hat, liegen nun der Vereinsgesetzkommission Anträge vor, die sich mit denen decken, die von der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt im Reichstag gestellt worden sind. Daß diese Anträge, wenn die sozialdemokratische Fraktion für sie stimmt, genau wie im Jahre 1915 in der Kommission wie im Plenum angenommen werden, ist sicher. Das Zentrum und die Linke des Reichstages sowie die Polen würden eine feste Mehrheit stellen. Das erscheint verlockend. Der Erfolg aber würde auf Kosten der Gewerkschaften und damit der großen Masse der Arbeiterschaft erzielt werden. Auch für die Antragsteller kann nach der Sachlage kein Zweifel darüber bestehen, daß mit der Annahme ihrer Anträge die Vorlage fällt. Durch die Forderung auf zeitgemäße Aenderung des Vereinsgesetzes würde wiederholt den gewerkschaftlichen Organisationen die freie Betätigung, die ihnen durch die Vorlage ermöglicht wird, unterbunden.

Nicht die Gewerkschaften haben ihre Haltung geändert, sondern die Regierung hat mit der Vorlage einen Frontwechsel vollzogen. Sie erklärte 1908 eine Fassung des Vereinsgesetzes für unannehmbar, nach der die Gewerkschaften sozialpolitisch hätten sein können, ohne politische Vereine zu werden. Gegen ihre sozialpolitische und wirtschaftspolitische Betätigung sollten die Gewerkschaften nur vor Kriegsausbruch zu politischen Vereinen gestempelt werden. Damit würde ihnen die Möglichkeit genommen sein, Augenblicke als Mitglieder zu haben. Die Jugend dem gewerkschaftlichen Einfluß zu entziehen, war der Zweck des Vorgehens der Verwaltungsbehörden und Gerichte.

Jetzt will die Regierung den Jugendparagrafen außer Kraft setzen, auch wenn sie in der bisherigen Weise weiter arbeiten. Dieser für die wirtschaftlichen Kampforganisationen erwachsende Vorteil erscheint der sozialdemokratischen Fraktion, die stets jeden, auch den kleinsten Fortschritt an-

nahm, wenn damit den Interessen der Arbeiterklasse gebiet wird, groß genug, um die Annahme der Vereinsgesetznovelle zu sichern. Sie hat deshalb, ohne auf die weitergehenden Forderungen und Ziele zu verzichten, beschlossen, in der Vereinsgesetzkommission wie im Plenum des Reichstages gegen ihre eigenen Anträge zu stimmen. Sie wird diese anscheinend ungewöhnliche Handlung durch folgende Erklärung begründen, die heute in der Vereinsgesetzkommission abgegeben wird:

„Das Gesetz wird bei richtiger Anwendung und sinnvoller Auslegung durch die Verwaltungsbehörden und Gerichte den gewerkschaftlichen Organisationen und den Berufsvereinigungen der Angestellten und Arbeiter die Tätigkeit wesentlich erleichtern. Es kann unter dieser Voraussetzung der Versuch, der von mehreren Verwaltungsbehörden kurz vor Kriegsausbruch unternommen wurde, diese Vereinigungen wegen ihrer sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Betätigung den Vorschriften des Vereinsgesetzes über die politischen Vereine zu unterstellen, nicht wiederholt werden.“

Diese Worte erscheinen uns wertvoll genug, um die Annahme der Gesetzesvorlage zu sichern. Wir glauben es der Arbeiterschaft gegenüber nicht beantworten zu können, durch die Zustimmung zu Anträgen, die über den durch den Gesetzesentwurf beabsichtigten Zweck hinausgehen, die Vorlage zum Scheitern zu bringen. Wir werden deshalb gegen solche Anträge stimmen.

Damit erklären wir uns nicht gegen Sinn und Inhalt dieser Anträge, die wiederholt von uns selbst im Reichstag gestellt worden sind. Wir werden, wie die von uns eingebrachte Resolution zeigt, unmittelbar nach Erledigung dieser Vorlage mit Entscheidung dahin wirken, daß eine Aenderung des Vereinsgesetzes im Sinne der vorliegenden Anträge Nr. 1 und Nr. 3 Ziffer 1 erfolgt.“

Die erwähnten Anträge decken sich mit der von der sozialdemokratischen Fraktion in der Vereinsgesetzkommission eingebrachten Resolution, die lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzesentwurf zur Aenderung des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 vorzulegen, durch den

1. die Geltung landesherrlicher polizeilicher Befugnisse über den in § 1 Absatz 2 des Vereinsgesetzes bezeichneten Umfang hinaus unbedingt ausgeschlossen wird;
2. aufgehoben werden:

 - a) die Bestimmungen über die Anmeldung und Ueberwachung politischer Versammlungen,
 - b) das Verbot des Gebrauchs fremder Sprachen,
 - c) das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an Vereinen und Versammlungen;

3. die für politische Vereine gegebenen Bestimmungen zu beschränken auf Vereine, welche die Erörterung politischer Angelegenheiten in Versammlungen bezwecken.“

Die sozialdemokratische Fraktion glaubt es den Gewerkschaften gegenüber schuldig zu sein, ihnen durch dieses Vorgehen eine freiere Betätigung zu sichern. Sie würde es nicht veranlassen können, wenn durch das Scheitern der Vereinsgesetz-Novelle auf Jahre hinaus den Gewerkschaften die innere Festigung und äußere Ausdehnung erschwert würde.

Karl Legien.

Tagesbericht der obersten Heeresleitung

W.B. Großes Hauptquartier, Amtlich, 24. Mai, vorm.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Gienich griffen starke englische Kräfte mehrmals unsere neuen Stellungen an; nur einzelne Leute drangen ein und fielen im Nahkampfe. Im übrigen wurden alle Angriffe unter sehr großen Verlusten für die Engländer abgewiesen, ebenso kleinere Abteilungen bei Sulz und Blairville.

Südöstlich von Roudron, nordwestlich von Moulins-sous-tout-vents und in der Gegend nördlich von Brunay scheiterten schwache französische Angriffsunternehmungen.

Links der Maas wiesen wir durch Infanterie- und Maschinengewehrfeuer einen feindlichen Vorstoß am Südwesthange des „Toten Mannes“ glatt ab. Thüringische Truppen nahmen das hart an der Maas liegende Dorf Cumieres im Sturm. Bisher sind über 300 Franzosen, darunter 8 Offiziere, gefangen. Westlich des Flusses wiederholte der Feind seine wütenden Angriffe in der Douaumont-Gegend. Er erlitt in unserem Feuer die schwersten Verluste. Vorübergehend verlorenen Boden gewannen unsere tapferen Regimenter fast durchweg zurück und machten dabei über 550 Gefangene. Die Kämpfe sind unter beiderseits sehr starkem Artillerieeinsatz im Fortgang.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

In Gegend von Pulark (südöstlich von Mga) vertrieben deutsche Truppen die Russen aus einem zwischen den beiderseitigen Linien liegenden Graben. 68 Gefangene fielen in unsere Hand.

Von den übrigen Fronten ist nichts von Bedeutung zu berichten.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Die österreich-ungarischen Erfolge in Südtirol.

W.B. Wien, 24. Mai. (Nichtamtlich.) Ueber die Tito-ler Kampfhandlungen melden die Kriegsberichterstattung der Wälder aus dem Kriegspressequartier:

Der gestrige Tag brachte besonders im östlichen Teil des Südtiroler Grenzgebietes bedeutende Fortschritte. Unsere Truppen sind im fortwährenden Vorgehen gegen die Cima d'Ustra-Gruppe und den Mont Civaron. Weiter westlich verfolgte das 3. Grazer Korps die Italiener zu beiden Seiten der Straße Bezzena-Miago vorrückend. Die nördliche Hälfte des Raumes zwischen Mitach und Alfa ist gesäubert, der äußere Gürtel des Sammelraumes von Miago eingebrückt. Im Brandtal schreitet unser Angriff bei Chiesla auf die italienischen Stellungen, welche den Höhenweg gegen die Grenze sperrt, fort. Eine andere Gruppe nähert sich den Stellungen im Raume des Monte Rafubio. Dieser Raumgewinn bedeutet für das Vorgehen östlich vom Etichal eine

wichtige Unterstützung jener österreichisch-ungarischen Gruppe, welche den Höhenzug bis zur Jugna Zorta schon vor einigen Tagen in Besitz genommen hat.

Der französische Bericht.

Paris 24. Mai. (W.B. Nicht amtlich.) In dem amtlichen Bericht vom Dienstag nachmittag 3 Uhr heißt es: In der Gegend von Verdun ging die Schlacht mit äußerster Heftigkeit die ganze Nacht hindurch auf beiden Ufern der Maas weiter. Auf dem linken Ufer scheiterten zwei deutsche Angriffe gegen alle Stellungen der Höhe von 304 vollkommen. Westlich der Höhe drangen die Deutschen nonübergehend in einen französischen Graben ein, den sie jedoch wieder räumen mußten. Auf dem rechten Ufer erbitterter Kampf. Im Abschnitt Thiaumont-Douaumont ungeheure deutsche Verluste. Der Feind konnte einen von ihm verlorenen Graben nördlich der Farm Thiaumont wieder erobern. Im Innern des Forts Douaumont drängten die Franzosen die Deutschen weiter zurück, die nur noch die nordöstliche Ecke des Forts halten.

Paris, 24. Mai. (W.B. Nicht amtlich.) Im amtlichen Bericht vom Dienstag abend 11 Uhr heißt es: In der Gegend von Verdun haben die deutschen Gegenangriffe die äußerste Heftigkeit erreicht. Nach Artillerievorbereitung warfen die Deutschen ihre Angriffsmassen mehrmals in unsere Stellungen östlich und westlich des „Toten Mann“ vor. Ihr erster Angriff wurde blutig abgewiesen, der zweite abends einsetzende Angriff ermöglichte es dem Gegner, in einem westlich gelegenen Graben Fuß zu fassen. Unmittelbar darauf warf unser Gegenangriff den Feind völlig zurück. Auf dem rechten Ufer war das Gebiet von Gaudromont-Douaumont während des ganzen Tages der Schauplatz eines mörderischen Kampfes. Trotz aller Anstrengungen der Deutschen blieben die gesten von uns eroberten Stellungen, namentlich im Fort Douaumont, fest in unserer Hand. Wir machten in dieser Gegend mehr als 300 Gefangene. In der übrigen Front das gewöhnliche Artilleriefeuer.

In der Gegend von Fournes-Beaumont und Lingc machten wir je ein feindliches Flugzeug unschädlich.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Friedensneigung bei der Entente.

Ein holländischer Korrespondent der „Post, Btg.“ berichtet über den Friedenswillen Englands folgendes:

Wie mein Londoner Gewährsmann meldet, beurteilen die englischen Politiker die Frage eines baldigen Friedensschlusses, wie er seit einigen Wochen erörtert wird, als aussichtslos. Der Friedenswunsch Deutschlands sei auch in England vorhanden und ebenso ernsthaft gemeint. Mit Ausnahme von Frankreich seien auch die übrigen Verbündeten geneigt, falls die Initiative dazu von irgend einer maßgebenden Stelle ausgehen sollte, in Vespredungen einzutreten. In Frankreich habe sich aber in letzter Zeit eine aus verschiedenen Ministern und höheren Militärs bestehende Meinungsgruppe gebildet, die für Frankreich vorläufig jeden Frieden ablehnt, da sie Forderungen erhebt, die jede Verhandlung ausschließen. Es fragte sich nun, wie weit England und die übrigen Verbündeten den französischen Sonderwünschen folgen müssen. Diese Frage wird in London stark besprochen. Man ist der Ansicht, daß England, da es für Frankreich in den Krieg gezogen ist, auch bestimmen darf, wann der Krieg ein Ende haben muß. Die französische Militärdiktatur sei, wie man in London betont, auf England nicht anzuwenden. Der Zeitpunkt sei gekommen, wo man beide Parteien fragen müsse, was noch zu erreichen sei.

König Viktor Emanuel nach Venedig geschickt.

Von der Schweizer Grenze, 23. Mai. Gerüchtheife verlautet, König Viktor Emanuel habe bei Nacht und Nebel mit seiner ganzen Begleitung sein Generallstabquartier bei Udine verlassen und sich mehr nach Venedig und Padua zurückgezogen.

Epidemie von Zeitungsverboten in Frankreich.

In den letzten Tagen (Mitte Mai 1916) wurden auf mehrere Tage verboten: Radical, Soir, Rappel, Journal de Peuple, Bonnet, Rouge, Sommes du Jour.

Deutsche Politik.

Bauernschlaue.

Das Verbot der Hauschlachtungen hat eigenartige Praktiken gezeitigt, die Bestimmungen zu umgehen, indem man künstliche Notischlachtungen herbeiführt. In Hessen, und anderswo wird es wohl ähnlich sein, ist man dahinter gekommen, daß einzelne Landwirte bei ihren schlachtreifen Schweinen vorübergehende Verdauungsschmerzen hervorriefen. Als dann die Tiere „trauderten“, ließ man schnell zum Fleischbeschauer, beantragte eine Notischlacht und hoffte, das so erhaltene Fleisch im eigenen Haushalt verwenden oder unter der Hand absetzen zu können. Die Behörden waren in diesem Falle ausnahmsweise schlauer wie die Bauern. Sie ordneten an, daß Notischlachtungen nur nach vorheriger Besichtigung des lebenden Tieres durch den Kreisarzt vorgenommen werden dürfen und daß nach der Schlachtung demnach einwandfrei befundenes Fleisch der in Betracht kommenden Fleischverteilungsstelle überliefert, nicht ladenreines Fleisch aber durch die Gemeindeverwaltungen auf der öffentlichen Freibank verkauft werden muß. Damit der Besitzer des notgeschlachteten Tieres kein Fleisch zurückhalten kann, muß die Notischlachtur unter Aufsicht des Fleischbeschauers in öffentlichen Schlachthäusern oder in den Schlachträumen eines Metzgers geschehen. Derartige Anordnungen sollten allgemein erlassen werden.

Aus der Partei.

Ein neues Parteiblatt. Im Verlage der „Internationalen Korrespondenz“ in Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, erscheint seit dem 16. Mai vierzehntägig ein für unsere Feldgrauen bestimmtes Parteiblatt unter dem Titel: „Sozialdemokratische Feldpost“. Das Blatt will allen Genossen im Felde, die ihr altes Organisationsideal noch nicht über Bord geworfen haben, eine sachliche Informationsquelle über die Vorgänge in der Heimat sein. — Der Versand an Feldpostadressen erfolgt völlig kostenlos.

Neutrale Sozialisten-Konferenz. Wie „Set Volk“ meldet, werden an der für den Juni nach dem Haag einberufenen offiziellen Konferenz der sozialistischen Parteien der neutralen Länder Vertreter aus Argentinien, Holland, den Vereinigten Staaten und aus den drei skandinavischen Ländern teilnehmen.

Weitere Sozialistische aus der Aufstellung. Im von über 20 für den den Tod der Nachwahl meiste Genosse einen wahren Ordnung im Ordensvorsitz des Genossen fügen Genossin sollte der Meist bekannt werheit wurde diese 71 Stimme die Fragen, worfen hat, verlorbene Nach dem 1. Gen. Vogt aber noch herführt der Gebatte der hiner Genossin Minderheit gegen. Nach auf Schluß den weiteren die Kandidat Der Antrag daten aufgenommene Referenten Kandidaten Anhänger einem Sch Resolution demokratisch

Sozialdemokratie

Bei der Wahl So an meißer geialdemokr ihre Stim erheben. kann der 1. tei angeleitet Milma riefigen B wohner. ges des se sozialistische Reformen Nachahmu teien bei d waltung dauernden Stadt scho gialdemokr ebenfals. Innerl Staaten außerorden den meist weitgehender Mehr guten Ver der erst ki abhielt, bringen.

Neu

Die jü trieren sid Unbekümm tungen an eilige Gel Meinung gehen die Gang. W Teilerfolge lenfgen u schnur un Lange gehört. daß die S im in gar Handgran oftziel d Nacht in Der aufg der borde und Mun unmöglich lumpfige dem Zeu londers a obrang un leichtem Toten M Toten M der Land den letz denen un gen gefli sere Post 3. Mai

Weitere Anmeldungen scheinen bisher beim Internationalen Sozialistischen Büro nicht eingegangen zu sein, also auch nicht aus der Schweiz, Spanien usw.

Auffstellung der Reichstagskandidaten für Reichsbach-Reude. Am Sonntag nachmittag fand in Langenbielau eine von über 200 Genossen des Kreises besuchte Parteiverammlung für den Wahlkreis Reichsbach-Reude statt, die zu der durch den Tod des Genossen August Kühn notwendig gewordenen Nachwahl Stellung nahm.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in den Vereinigten Staaten. Bei den joesben in Milwaukee stattgefundenen kommunalen Wahlen wurde in dieser Stadt der Sozialdemokrat Hoan mit 30 433 Stimmen gegen 28 878 zum Oberbürgermeister gewählt.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in den Vereinigten Staaten. Bei den joesben in Milwaukee stattgefundenen kommunalen Wahlen wurde in dieser Stadt der Sozialdemokrat Hoan mit 30 433 Stimmen gegen 28 878 zum Oberbürgermeister gewählt.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in den Vereinigten Staaten. Bei den joesben in Milwaukee stattgefundenen kommunalen Wahlen wurde in dieser Stadt der Sozialdemokrat Hoan mit 30 433 Stimmen gegen 28 878 zum Oberbürgermeister gewählt.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in den Vereinigten Staaten. Bei den joesben in Milwaukee stattgefundenen kommunalen Wahlen wurde in dieser Stadt der Sozialdemokrat Hoan mit 30 433 Stimmen gegen 28 878 zum Oberbürgermeister gewählt.

Soziale Rundschau

Krankengeldanspruch der Soldaten. Noch immer besteht Zweifel darüber, welche Leistungen die Krankenkassen an erkrankte

und verwundete Soldaten zu gewähren haben. Diese Zweifel werden dadurch genährt, daß verschiedene Stellenleitungen über die geschiedenen Verpflichtungen selbst noch nicht im Klaren sind.

Soldaten, die vor dem Eintritt in den Seeresdienst einer Krankenkasse angehört, sich rechtzeitig als freiwilliges Mitglied melden und die Beiträge prompt bis zur Erkrankung bezahlten, haben auf alle Fälle Anspruch auf Krankengeld.

Kommunalpolitik

Vorbildliche städtische Fleischversorgung. Die Stadtverwaltung von Straßburg i. E., die mit der Lebensmittelversorgung ihrer Bürger vielfach, vor allem in der Milchversorgung, vorbildlich vorgegangen ist, hat nun auch in der Fleischversorgung ihre eigenen Wege gefunden.

Deutscher Reichstag

Berlin, 24. Mai 1916. Im Bundesrat: Staatssekretär Dr. Helfferich. Präsident Dr. Rumpff eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Die Veränderungen in den Reichsämtern werden bekanntgegeben.

Neue Fortschritte bei Verdun.

Großes Hauptquartier, 8. Mai 1916.

Die jüngsten deutschen Fortschritte um Verdun konzentrieren sich links der Maas auf die vielbesprochene Höhe 304. Unbestimmt um das selbstbewußte Köcher der Pariser Zeitungen auf ihre Uneinigkeit, aber auch auf das vorläufige Geplauder gewisser heimischer Strategen, nach deren Meinung die Höhe immer länger in unserem Besitz sein dürfte, gehen die Operationen an der Maas ihren planmäßigen Gang.

Langen hatten wir von Kämpfen um die Höhe 304 nichts gehört. Nur die französische Heeresleitung meldete täglich, daß die Höhe unter schwerer Feuer liege. Dennoch spielten sich im ganzen Umkreis um die Höhe täglich kleine aber schwere Handgranaten- und Bajonettkämpfe ab.

100 Mann zu Gefangenen gemacht hatten. Bei der relativen Unwichtigkeit dieser Postenlöcher an jener Stelle liegen wir uns jedoch in unseren Vorbereitungen zum Sturm auf Höhe 304 nicht im geringsten stören.

Die Höhe 304 ist ein fast kahler Rücken, der vom Südwesten nach Nordosten streicht und hier ziemlich steil in jene oben erwähnte Senke hinabfällt. Zum Angriff empfahl sich naturgemäß die Nordwestseite mit ihrem relativ sanften, breiten Abhang.

Am 5. Mai brachen wir aus unseren Stellungen südöstlich Soucourt hervor und suchten am Fuße der Höhe und am Nordrand der beiden oben genannten Gehölze festen Fuß. Schon an diesem ersten Tag betrug die Zahl der Gefangenen mehrere hundert Mann.

Wie unsere Heeresleitung diesen schönen Erfolg, den wir in erster Linie unseren Pommern verdanken, auszuwerten gehen des Toten Mannes „nach glänzendem Sturm“ etwa

Wenn etwas mir den Entschluß erleichtert, so ist es das Bewußtsein, daß die Finanzverwaltung in gute und starke Hände übergeht und daß dem neuen Mann ein guter Beamtenschaft zur Seite steht. Erleichtert wird mir der Abschluß ferner durch das Bewußtsein, daß die finanzielle Kriegsführung sich in geordneten Bahnen bewegt und die Anleihen zum allergrößten Teile im Inlande untergebracht sind.

Darauf wird mit der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgefahren. Ueber die Petitionen wird um 4 Uhr abgestimmt werden.

Damit ist der Etat des Innern erledigt. Es folgt der mündliche Bericht der Kommission über die Resolutionen und Petitionen (Zensurdebatte).

Die Kommission beantragt eine Resolution, wonach das Verbot einer Zeitung nur mit Genehmigung des Reichsanwalters erfolgen darf. Weiter verlangt die Kommission noch für diese Session Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die auch während des Krieges unentbehrlichen Sicherheiten hinsichtlich der Angriffe der Militärverwaltung in das bürgerliche Leben geschaffen werden und die Verantwortlichkeit für diese Maßnahmen geregelt wird.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.): Die Klagen über die Zensur bestehen, wenn auch nicht in ganz so vollem Umfange, wie früher. Viele Berliner sind durch die militärische Zensur völlig ruiniert worden. Andererseits ist viel über die Arbeit der Zensoren geklagt worden. Durch ein Konfirmationsblatt des Chefs Bundes werden die Redaktionen in einer Weise beschimpft, die an Kadestertal erinnert.

Abg. Emmel (Soz.): Der Belagerungszustand ist verfassungsmäßig nicht einwandfrei. Wir klagen namentlich über die Handhabung der Zensur. Besonders schlecht sind wir in Ost-Lothringen daran. Die Beschränkungen werden militärisch begründet und behindert. Die Stenographie werden militärisch beschränkt und behindert. Die Stenographie muß beseitigt werden.

denkt, werden uns die kommenden Tage zeigen. Dieser planmäßige und gelungene Vorstoß hat bewiesen, daß sie das volle Vertrauen des ganzen Volkes verdient, ohne welches die tapfersten Taten unserer Krieger unmöglich vollbracht sind.

Auch von dem rechten Maasufer konnte heute ein Erfolg gemeldet werden, der planmäßig das dort vor einiger Zeit Errungene weiter entwickelt. Von unserer Linie zwischen Douaumont und dem Pfefferrücken hörten wir zuletzt am 18. und 19. April, daß niederländische Regimenter dem Gegner die Stellungen nordöstlich des Gehölzes Thiaumont und den Steinbruch südlich des Gehölzes Saurumont entziffen hätten.

Auf den übrigen Teilen der Verdunfront sind wichtige Veränderungen nicht vor sich gegangen. Unter schwerer Feuer auf Fort Bauz, das ich jüngst näher beschrieb, haben die Franzosen am 7. Mai mit einer außerordentlich heftigen Beschlebung unserer Stellungen rings um das Fort beantwortet.

Dr. Adolph Koester, Kriegsberichterstatter.

läßt sehr zu wünschen übrig. Der Belagerungsstand ist in dieser Handhabung nicht berechtigt. Wir brauchen ein freies Deutschland.

Oberst v. Wisberg: Reisen ins Operationsgebiet sind nur zulässig, wenn es sich um den Besuch schwerkranker oder schwerwundener Heeresangehöriger durch Familienmitglieder handelt.

Darauf wird über die Resolutionen und Anträge abgestimmt. Die Resolutionen der Kommission werden angenommen. Die sozialdemokratischen Resolutionen betreffend Beseitigung der Ausnahmestimmungen des Schutzes für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen und Beseitigung des Sparzanges abgelehnt. Die Resolutionen betreffend Säuglings- und Mutterkorn und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten werden einer besonderen Kommission überwiesen. Die Resolutionen betreffend den Kleinhörsingbau werden angenommen.

Ein Antrag auf Vertagung wird abgelehnt. Die Debatte über die Zensur wird fortgesetzt.

Herr Viesing (S. Vp.) (bei der großen Unruhe im Hause zunächst unverständlich): Die Handhabung der Zensur geschieht vielfach partiell. In Greifswald wurde ein liberales Blatt lange Zeit verboten. Schließlich wurde sein Wiedererschienen gestattet, aber unter der Bedingung, daß der bisherige Redakteur entlassen werde. Das ist eine Nötigung. Der Antrag auf Aufhebung des Belagerungsstandes geht uns zu weit. Wir erwarten aber von dem neuen Staatssekretär, weil er unser Vertrauen hat, eine Reform dieses Gesetzes.

Darauf tritt Vertagung ein. — Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr (Fortsetzung). — Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus dem Lande.

Rastatt.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in der Brauerei G. Franz hier. Der 17-jährige Brauereiarbeiter Anton Müller aus Nittersdorf war beim Ablassen eines 20 Liter Bier enthaltenden Fasses beschäftigt, als durch den Luftdruck der Fassboden weggeschleudert und Müller derart auf Brust und Leib getroffen wurde, daß sein Tod alsbald infolge Perforationsinnerer Organe eintrat.

Offenburg.

N. Die Städtische Kriegsküche ist nun eröffnet. Die Ausgabe des Essens erfolgt mittags von 12 Uhr an. Das nötige Geschirf ist mitzubringen. An Fleischtagen ist eine Fleischkarte von 100 Gramm abzugeben. Auch ist einer Anzahl Deuten Gelegenheit geboten, das Essen an Ort und Stelle (Gasthaus zum „Kaiser“, unterer Saal) einzunehmen.

Wiesental bei Bruchsal, 24. Mai. Ein schweres Unglück ereignete sich beim Seiladen. Die 23-jährige Tochter des Landwirts Genter kam so unglücklich unter einen umgestürzten Wagen, daß ihr der Fußknöchel samt Fußwurzel vollständig gesplitterte.

Gundheim bei Wertheim, 24. Juni. Durch spielende Kinder wurde eine in einen größeren Handkoffer eingepackte Kindesleiche aufgefunden. Der Koffer war mit Steinen beschwert und im hohen Brandweiser versenkt gewesen. Das Kind war vollständig entwickelt. Ueber die Herkunft der Leiche ist noch nichts bekannt.

Hemsbach im Odenwald, 25. Mai. Der 17-jährige Landwirtssohn Kurz wollte seiner Mutter den Gebrauch eines Revolvers erklären. Hierbei entlud sich die Waffe und eine Kugel drang der Frau ins Gesicht und verletzte sie schwer.

Agasthausen, 25. Mai. Von einer tragischen Giergeschichte erzählen sich die Leute des benachbarten Odenwaldstädtchens M. Ein wohlhabender Bürger hatte gegen 1000 Eier im Keller seines Hauses in einem Kasten wohl verwahrt. Dieser Tage gab er nun seinen hilfsbereiten Knechten den Auftrag, eine größere Menge Kohlen im gleichen Keller gelagert unterzubringen. Die Knechte beachtetten jedoch den offenen Kasten und bedeckten ihn mit den Kohlen, deren Gewicht die Eierchalen natürlich nicht aushielten.

St. Georgen bei Freiburg, 25. Mai. Bei einem Gewitter schlug der Blitz in die Scheune des Milchhändlers Karl Zippel und zündete. Das Feuer dehnte sich auch auf das anstoßende Gasthaus zum „Weinberg“, Besitzer Anton Koch, aus und richtete bedeutenden Schaden an. Zwei Scheuern sind abgebrannt, das Gasthaus wurde sehr erheblich beschädigt.

Kußbach, 24. Mai. Auf der Sommera brannte am Montag ein Waldbestand von 1/2 Morgen nieder.

Immenhingen, 25. Mai. Wie aus Nörthingen berichtet wird, ist seit 21. Mai abends die Donau ausgeblieben. Eine große Anzahl Fische ging dabei zu Grunde.

Nadolsbach, 24. Mai. Die hiesige Familie Leibold, die seit 21. März 1915 von ihrem vermögenden Sohne nichts mehr gehört hat, erhielt von ihm jetzt die Nachricht, daß er sich in einem Gefangenenlager in Rußland befindet.

Konstanz, 24. Mai. Am 1. und 2. August findet hier die 21. Güttergutplanungsversammlung statt, an der sich etwa vierzig Vertreter der südd. Eisenbahnverwaltungen beteiligen dürften.

Arbeiter-Turnerbund — 10. Kreis, 3. Bezirk.

Als Einleitung für die Serienspiele in Fußball wurden im März und Durlach Spieltage abgehalten, die den Verhältnissen entsprechend gut besucht waren. In März waren am 14. Mai folgende Vereine mit Fußballmannschaften vertreten: Durlach, Durmersheim, Forchheim, Bulach, Mühlbach, Karlsruhe-Mühlbach und Neudorfweier. Die Spiele wurden durch das schlechte Wetter etwas beeinträchtigt. Vom Wetter besser begünstigt war der Spieltag in Durlach, wo bis gegen Abend fleißig geturnt und gespielt wurde. Am Abend waren die Vereine Durlach, Gröchingen, Gagsfeld, Rintheim, Karlsruhe, Kleinsteimbach und Wolzrisweiler. Ein Fußballwettspiel Kleinsteimbach—Durlach endete mit 3:2 für Kleinsteimbach. Wünschenswert wäre bei Fußballwettspielen eine einfache, aber einheitliche Sportkleidung. Von einigen guten Ausnahmen abgesehen, liegen die Resultate der Fußballspiele zu wünschen übrig, da fast durchweg frische Spieler in den Mannschaften aufgestellt waren. Aber bei fleißigem Ueben werden auch diese verjüngten Mannschaften bald bessere Resultate erzielen.

Diese Veranstaltungen zeigten, daß die Arbeiterturnvereine auch jetzt noch, trotzdem ihre besten Kräfte im Felde stehen, bestrebt sind, zur Förderung der Körperpflege und zur Hebung der Volksgesundheit ihr Teil beizutragen. Möge auch die Arbeiterturnerschaft dies beachten und ihre Kräfte in die Spiel- und Turnstunden der Arbeiterturnvereine schenken, denn auch nach dem Kriege wird für den Arbeiter ein gesunder Körper notwendiger denn je sein.

Der Beginn der Faustballspiele wurde auf Sonntag, 4. Juni, nachmittags 2 Uhr, festgesetzt und zwar für die obere Stadtgruppe in Forchheim, für die untere Stadtgruppe in Gagsfeld und für die Pfingstgruppe in Gröchingen. Für Zurückgefallen ist Sorge zu tragen.

Schafft Höchstpreise für Milchschweine!

Man schreibt uns: Wenn nicht energisch eingegriffen wird, gehen wir noch schlimmeren Zeiten in der Versorgung unserer städtischen Bevölkerung mit Schweinefleisch und Fett entgegen. Es soll nicht geleugnet werden, daß seitens der Regierung alles getan wird, um die Landwirte zur Schweinemast anzuregen, allein was helfen all diese halben Maßregeln! Trotz der hohen Stallpreise besaßen die Landwirte, nicht auf ihre Rechnung zu kommen, weil die Ankaufspreise für Milchschweine zu hoch sind. Ein Paar Milchschweine, die man vor dem Kriege für höchstens 35—40 Mark kaufen konnte, kosten heute 150—160 Mark. Es ist daher kein Wunder, wenn die Landwirte zurückhalten und nur so viel Schweine einlegen, als sie zu ihrem eigenen Bedarf brauchen. Man berichtet uns, daß in vielen Gemeinden des badischen Hinterlandes, in denen in den letzten zehn Jahren die Schweinezucht und Mast in Blüte stand, zurzeit 100—150 Prozent weniger Schweine vorhanden sind, wie zu gleicher Zeit in früheren Jahren. Die Folge wird sein, daß wir bis Herbst und Winter überhaupt kein Schweinefleisch und Fett mehr haben, wenn die Regierung nicht sofort einschreitet und Höchstpreise für Milchschweine und Ferkel festsetzt. Die Landwirte kann dann keine Schuld treffen, denn es kann ihnen billigerweise nicht zugemutet werden, daß sie das Risiko der Schweinemästerei übernehmen und zudem noch gezwungen sind, unter den Selbstkosten zu produzieren, wenn dem Uebelstand so leicht abzuhelfen ist, wie in diesem Falle.

Es wäre also höchste Zeit, daß hier Wandel geschaffen wird, ehe es zu spät ist, da die tatsächlichen Wucherpreise für Milchschweine in nichts gerechtfertigt sind. Sade der Regierungen wäre es, im Benehmen mit den landwirtschaftlichen Organisationen die Aufzucht von jungen Schweinen zu fördern und dieselben unter entsprechender Preisfestsetzung und Bedingungen an die Landwirte zur Mastung abzugeben, da die Beschaffung und Abgabe von billigen Futtermitteln allein nicht genügt.

Ausfuhrverbot für Spargel.

Schwetzingen, 24. Mai. Die Reichsleitung hat ein Ausfuhrverbot für Spargel erlassen, um dadurch jeden Schein zu vermeiden, als ob Nahrungsmittel der inländischen Volksernährung entzogen werden könnten. Die statistischen Erhebungen im deutschen Reich haben ergeben, daß bisher nur rund 45 Zentner frischer Spargel nach dem Ausland ausgeführt worden sind. Wir können dazu mitteilen, daß sich auch die badische Regierung mit dem Verschwinden der Spargel von den städtischen Märkten beschäftigt hat. Die von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen sind aber auf größere Widerstände gestoßen, so daß es fraglich erscheint, ob die Regierung ihre Pläne in dieser Richtung weiter verfolgen wird.

Gegen die Erbflöhe. Ein Gärtner empfiehlt im „Forst- und Jagdzeitung“ folgendes Mittel zur Bekämpfung der Erbflöhe: Man nimmt ein dünnes Bretchen oder einen Pappdeckel, den man mit Teer bestreicht. Damit fährt man dann über die gefährdeten Pflanzen hin. Die Erbflöhe springen in die Höhe und bleiben an dem Bretchen haften.

Kriegsmucher und Kriegsschwindel.

Eine scharfe, aber leider unwirksame Kritik. Oberamtmann Dr. Schönfeld in Schöningen (Hohenollern) redete nach dem Stutgartener „Beobachter“ bei der Amtsjahresversammlung des preussischen Oberamts Schöningen den Produzenten eindringlich ins Gewissen. Er führte u. a. aus:

Für viele scheint der Krieg dazu da zu sein, sich zu bereichern; sehr verwerfliche Profitjucht tritt in die Erscheinung. Wucherpreise sind nicht selten. Es fehlt in manchen Kreisen an dem zum vollkommenen Siege nötigen Allgemeininteresse. Nur dieses kann helfen. Die Preise, die die Landwirtschaft bekommt, sind so hoch, daß es geringer bemittelten Personen in der Stadt und auf dem Lande, die kaufen müssen, unmöglich ist, solche Preise zu bezahlen. Es ist eine gänglich unzulässige Spekulation, wenn Landwirte in der Erwartung noch höherer Preise mit dem Absatz ihrer Produkte zurückhalten. Wie denken sich solche Leute das Durchhalten, wenn sie von ihrem Entbehren noch mehr herausgeschlagen wollen, während es in Großstädten für die Person wünschlich nur mehr zwei Eier und ganz geringe Mengen Milch gibt. Wer jetzt nur an seinen Profit denkt und das Allgemeininteresse nicht in den Vordergrund stellt, handelt gegen das Vaterland.

Mehr der Kritik kann von einem preussischen Oberamtmann kaum erwartet werden. Leider hilft die Kritik nicht. Solange den Profitjägern und Wucherern, die ihre Nebenmenschen auslaugen, nicht energisch entgegengetreten wird, tritt keine Besserung ein.

2000 Mark Geldstrafe wegen Preistreiberi beim Kartoffelhandel. Wegen Vergehens gegen das Höchstpreisgesetz vom 17. Dezember 1914 wurde der Rittersgutbesitzer R. G. Bauer aus Rosenbaum i. W. von der 2. Strafkammer des Landgerichts Flauen u. 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte, von der Amtshauptmannschaft zu Oelsnig zur Lieferung von Speiseferkeln für den Bezirksverband aufgefordert, am 9. Februar auf der Amtshauptmannschaft dem dort mit der Bearbeitung der Kartoffelversorgungsfrage betrauten Beamten erklärt: „Wenn Sie 4,50 Mark für den Zentner zahlen, will ich 200 Zentner liefern!“ Die Amtshauptmannschaft hatte den Preis für die geforderten guten Speiseferkeln auf 4,10 Mark für den Zentner festgesetzt und sah in der Forderung des Rittersgutbesitzers eine Preistreiberi. — Was sind dem Rittersgutbesitzer zwei braune Lappen! Der Mann würde viel empfindlicher getroffen werden, wenn er auf ein paar Monate durch ein vergrittenes Fensterden gucken müßte. Bevor den Wucherern nicht diese Aussicht winkt, werden sie ihr verdrehtes Treiben nicht lassen.

Das rasierte Schwein. Aus Thüringen wird der „Frankf. Zeitung“ geschrieben: Ein rasiertes Schwein ist jedenfalls eine Kuriosität, wie sie erst der Weltkrieg zustande zu bringen vermochte. Im weimarischen Dorfe Ubestadt wollte ein Landwirt, obwohl Privatbeschlagnahmungen streng verboten sind, doch für seinen Hausgebrauch sein betragmäßigstes Porcsentier schlachten. Damit nun der Bräutigam ihn nicht verrate, keifte der Schlachtere das Schwein sorgfältig ein und rasierte es nach allen Regeln der Kunst. Soweit ging aus alles ganz gut, aber beim Wurtmachen drangen verärrliche Nist in die Nachbarschaft, und auch die Nase der hohen Obrigkeit, eines Gendarmen, sog den Duft ein. Die Schlachtere wurde beschlagnahmt und als Korpus delikti nach Weimar gebracht.

Gegen den Preiswertturnen Zwischenhandel. Der Rätter Oberbürgermeister hat an die Reichsprüfungsstelle für Lebensmittel einen Antrag gerichtet, worin er sofortiges Einschreiten gegen die Preiswertturnen durch den Zwischenhandel fordert. Es habe sich herausgestellt, daß die wucherischen Treiberer meistens nicht auf die Gewinnzuschläge eines einzelnen Händlers zurückzuführen gewesen seien, sondern auf die Preiswertturnen der Waren von einem Händler zum andern. Man müsse gesetzliche Bestimmungen treffen, daß der überflüssige Zwischenhandel ausgeschaltet

werde; etwa in dem Sinne, daß kein Großhändler an einen andern Großhändler, sondern nur an die Agenten oder an einen Kleinhändler weiterverkauft dürfe, und daß Agenten nur an Kleinhändler und diese nur an Verbraucher abgeben dürfen. — Gesetzliche Bestimmungen, wie sie hier gewünscht werden, müßten schon sehr entschärfen und klar gefaßt sein; sonst sind Umgehungen überaus leicht.

Gerichtszeitung.

Freiburg, 24. Mai. Vor dem hiesigen Schwurgerichte hatte sich gestern der frühere Reichshausverwalter Wilhelm Wittenmann aus Buchen zu verantworten. Wittenmann hat Kasienabchlässe des Reichsamts zu seinen Gunsten geändert. Ferner entwendete er aus dem Kassenbestand des Reichshauses wertvolle Stücke, ließ sie durch einen Dienstmann wieder verkaufen, steckte das Geld für sich ein und legte dafür ähnliche wertlose Stücke, die er sich in Forchheim anfertigen ließ, an die Stelle der echten Stücke. Einige Ringe wurden so 5—6mal veräußert. Im ganzen bezog der Angeklagte auf Forchheim für 1166 Mark Waren für diesen Zweck. Es wurden Fälschungen in Höhe von 17 000 Mark festgestellt. Wegen Unterschlagung im Amte usw. wurde Wittenmann zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft verurteilt. — Ebenfalls wegen Unterschlagung stand der zweite Ratsschreiber der Stadt Badenweiler, Fleig, vor den Geschworenen. Er hatte 18 000 Mark, die er als Kuratzen vereinnahmte, für sich behalten und verbraucht. Die Unterschlagungen reichen bis in den Sommer 1907 zurück. Der Angeklagte war geständig, er wurde zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Guten Abend, Herr Bürgermeister! ... Daß der gute deutsche Gruß „Guten Abend“ unter Umständen auch eine strafrechtlich zu ahnende Beleidigung sein kann, hat jetzt das Reichsgericht bestätigt. Der dem Urteil zugrunde liegende Sachverhalt war: Im Orte B. stand eine Wiese der 17-jährige Arbeitsbursche Wilhelm K. am Wegrand und berichtete seine Notdurft, als zufällig der Gemeindevorsteher vorüber kam. Letzterer wollte den Arbeitsburschen unbeachtet lassen, dieser rief aber dem Gemeindevorsteher „Guten Abend“ nach. Wie die Strafkammer, vor der sich K. wegen Beleidigung des Amtsvorstehers zu verantworten hatte, als festgesetzt ansah, geschah der Ruf „Guten Abend“ nicht nur in lauter, sondern auch in höflichster Weise. Unter diesen Umständen erließ die Strafkammer in dem Urteile eine Verurteilung und beurteilte die von K. gegen dieses Urteil eingelegte Revision. Daß in dem Urteile „Guten Abend“ — so sagt das Reichsgericht in der Begründung — durch einen kaum erwachsenen Menschen gegenüber einem älteren, in beamerter Stellung befindlichen Manne bei gleichzeitiger Verächtlichmachung ein Ausdruck der Mißachtung gefunden werden könne, lasse sich nicht bezweifeln. Der Revision war darum der Erfolg zu verlagern.

Die Städtische Gutsverwaltung in Ruppurr.

In Nr. 117 des „Vollstreckung“ hat Genosse Dr. Diez den Vorschlag gemacht, die städtische Gutsverwaltung einer zu gründenden Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu übertragen. Dieser Vorschlag wirkt überraschend und befremdend zugleich. Ueberzäugend, weil er von dem Genossen ausgeht, der im Jahre 1913 mit Entschiedenheit und Erfolg dafür eingetreten ist, daß die städtische Straßenbahn im Besitze der Stadt verbleibe, befremdend, weil er mit großer Schnelligkeit durchgeführt werden soll und ganz übersehen wurde auch die Frage zu erörtern, ob nicht gleich ganze Arbeit zu machen ist und für die Wirtschaftsbetriebe der Stadt, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk, Straßenbahn, bezügliche G. m. b. H. zu gründen sind und warum die Gründung solcher Gesellschaften nicht auch für die gemeinnützigen Anstalten der Stadt, wie Badeanstalten, Kranenhaus und Stadtgarten empfohlen soll. Alle diese Betriebe und Anstalten der Stadt könnten nach dem Vorschlag des Genossen Dr. Diez kaufmännischer und damit in erwerbsverpflichteter Weise betriebsfähig werden.

Aus dem nur angezeigten Beispiel ergibt sich ohne weiteres, daß der gemachte Vorschlag erhebliche Konsequenzen nach sich ziehen kann und es schon deshalb, von vielen anderen Gründen abgesehen, die zunächst an anderer Stelle zu besprechen wären, notwendig ist, an die Prüfung des gemachten Vorschlags mit großer Vorsicht heranzutreten. Doch bleiben wir zunächst bei der städtischen Gutsverwaltung. Dr. Diez will zunächst mit Interessenten die Gesellschaft gründen. Geschickt das, so wollen die Gesellschaftler mitbestimmen und mitbestimmen. Es ist also kein „städtischer“, sondern rein praktischer, gemeinnütziger Wirtschaftsbetrieb. Für den Fall, daß sich keine Interessenten finden, soll die Stadt allein die Gesellschaft gründen.

Was hat nun Genosse Dr. Diez für Gründe anzuführen? Der Stadtrat, das 26-Männer-Kollegium, sei die allernachste Stelle, welche für die Leitung solcher Betriebe. Daß auch der Bürgerausschuß in diesen Fragen ein sehr wichtiges Bestimmungsrecht besitzt, ist wohl nur vergessen anzuführen, ist aber in diesem Falle nicht von Belang, da der Bürgerausschuß für diesen und andere Betriebe Beträge zur Schaffung von Betriebsmitteln bewilligt hat und damit darauf verzichtet, bei Anschaffung einer Kuh und dergleichen mitzuwirken. Mit dem Verkauf des Bürgerausschusses, Betriebsstädte zu errichten, ist also schon die Bewegungsfreiheit der Betriebe gefördert worden. Der Stadtrat tritt jede Woche zusammen, ist also eine sehr bewegliche Körperschaft. Trotzdem, kann zugegeben werden, daß es für das Gesamtkollegium des Stadtrats zu beschwerlich ist, in jedem einzelnen Falle zu entscheiden, ob ein Hausen mit gekauft oder verkauft werden soll. Der Stadtrat hat es aber in der Hand, die Sache einfacher zu gestalten, er braucht nur dem Beispiel des Bürgerausschusses zu folgen und der Gutsverwaltung unter Leitung eines Bürgermeisters oder Stadtrats entsprechende Vollmachten auszustellen. Das ist heute unter der bestehenden Städteordnung sehr wohl möglich. Es kommt dabei nicht auf den toten Buchstaben der Städteordnung an, sondern auf den Geist, in dem sie angewandt wird. Große Bewegungsfreiheit ist übrigens nicht nur für die Gutsverwaltung, sondern für alle stadtbefähigten Leiter der städtischen Betriebe und Anstalten notwendig.

Weiter führt Genosse Dr. Diez an, daß es unmöglich sei, daß der Stadtrat mit „Sauen, Kühen und Kälber“ auf den Markt kommen kann, um dort Geschäfte zu machen. Warum das nicht möglich sein soll, wird nicht gesagt. Uebrigens kommt die Stadt nicht unter der Firma „Stadtrat“, sondern als „städtische Gutsverwaltung“ auf den Markt. Dann wird auch darauf hingewiesen, daß unsere Bürgerausschussfraktion der Errichtung einer Milchzentrale zugestimmt hat, die bekanntlich auch in der Form einer G. m. b. H. zustande gekommen ist. Darum nun die Schlussfolgerung zu ziehen, daß unsere Fraktion der Auffassung ist, daß der bei Errichtung der Milchzentrale eingeschlagene Weg der richtige ist, beruht auf einem Irrtum. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Vorarbeiten für die Milchzentrale weit in die Friedensjahre zurück reichen, der Widerstand der bürgerlichen Vertreter auf dem Rathaus ein sehr zahlreicher und einschneidender war und die Gefahr ernstlich bestand, daß, hätten wir uns darauf festgelegt, die Milchzentrale als rein städtische Einrichtung zu verlangen, so wäre die Errichtung der Milchzentrale überhaupt in Frage gestellt gewesen.

Ganz anders liegen die Verhältnisse bei der im städtischen Doranhang in diesem Jahre zum erstenmal in Erscheinung tretenden

Gutsverwaltung wurde vom Reichsgericht bestätigt, dort ein Urteil im Jahre 1913, das die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr betraf. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung.

Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung.

Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung.

Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung.

Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung.

Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung.

Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung.

Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung.

Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung.

Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung.

Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung. Die städtische Gutsverwaltung in Ruppurr ist eine Kaufmannschaft mit beschränkter Haftung.

Gutsverwaltung. Schon viele Jahre vor Kriegsausbruch wurde vom Bürgerausschuß beschlossen, das Anwesen der früheren Chemischen Fabrik in Kuppurr angulaußen, in der bestimmten Absicht, dort eine Schweinezucht- und Mastanstalt zu errichten. Dies ist im Jahre 1915 mit ausdrücklicher Zustimmung des Bürgerausschusses geschehen. Man hat sich nicht darauf beschränkt, Schweine zu züchten und zu mästen, man treibt Milch- und Ackerwirtschaft und es wird eine weitere Aufgabe der Gutsverwaltung werden, den Zutrieb von Lebensmitteln aus dem Lande nach der Stadt zu regeln und zu fördern. Man kann sagen, daß die städtische Gutsverwaltung allmählich und ganz organisch in die Reihe unserer städtischen Einrichtungen hineingewachsen ist.

Weiter wird zur Begründung des Vorschlags auf einige Fälle, die in einem Aufsatz im „Volkstreu“ „Vereinfachung der Staatsverwaltung“ enthalten waren, hingewiesen. Es heißt dort: „Städtische Gutsverwaltungen werden nie auf einen grünen Zweig kommen, wenn sie nach bürokratischen Maximen geleitet und betrieben werden und es kann und darf nicht der Zweck von Staats- und Gemeindefunktionen sein, daß sie ungleich teurer wirtschaften als der Privatbetrieb“. Das sind Allgemeinplätze, mit denen nicht gut etwas anfangen ist. Man könnte sagen, die sind nicht richtig, denn unsere Elektrizität, Gas- und Wasserwerke, die doch auch unter bürokratischer Leitung stehen, haben in normalen Zeiten außerordentlich hohe Ueberschüsse an die Stadtkasse abzuführen können. Allein man braucht darüber nicht zu streiten. Man kann sich auf den Standpunkt der gegebenen Tatsachen stellen und sagen: „Nawohl, es ist richtig, daß städtische und auch Staatsbetriebe teurer wirtschaften müssen“. Das wird und muß so sein, weil städtische und Staatsbetriebe nach ganz anderen Grundsätzen wie Privatbetriebe geleitet werden müssen. Bei Privatbetrieben ist in erster Linie der zu erzielende Gewinn maßgebend, während bei Stadt- und Staatsbetrieben in erster Linie auf das Wohlergehen der Allgemeinheit Rücksicht zu nehmen ist.

Dann sollen Stadt- und Staatsbetriebe auch Mutterbetriebe sein. Ihnen sind Grenzen gesetzt in bezug auf die Festsetzung der Arbeitszeit, auf ausreichende Gewährung von Gehältern und Löhnen, auf Gewährung von Ferien und sonstiger Sozialfürsorgeeinrichtungen und schließlich haben sie Opfer für die Altersversorgung ihrer Angestellten und Arbeiter, sowie für deren Familien zu bringen. Man muß daher nach Beurteilung aller in Betracht kommenden Umstände zu dem Ergebnis kommen, daß kein Grund vorhanden ist, die städtische Gutsverwaltung oder andere Betriebe der Stadt in Gesellschaften mit beschränkter Haftung umzuwandeln, vielmehr dazu, daß wir auf Grund unseres allgemeinen Parteiprogramms, sowie unseres Kommunalprogramms für Baden verpflichtet sind, für die weitere Erhaltung der jetzt schon vorhandenen Betriebe und Einrichtungen einzutreten und deren weiterer Ausdehnung die Wege zu ebnen.

Mit diesen Darlegungen soll keineswegs unserer Städteordnung das Wort geredet werden. Sie ist in vielen Teilen veraltet und verbesserungsbedürftig. Es wäre sehr zu empfehlen, wenn einmal das 26-Männer-Kollegium sich damit befaßt würde, in welcher Form die Städteordnung den Bedürfnissen der Zeit angepaßt werden kann und wenn es seine Vorschläge der gesetzgebenden Körperschaft des Landes übermitteln würde. Die Aussichten, daß auch die Staatsgesetzgebung sich bereit finden wird, das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden zu erweitern und die zum Teil schon sehr alten Bestimmungen der Städteordnung durch solche den Bedürfnissen der Zeit angepaßt zu ersetzen, sind nach den Erfahrungen und Leistungen der Städte in diesem langen Völkerring zurzeit die denkbar besten.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 25. Mai.

Künstliche Beeinflussung der Lage am Lebensmittelmarkt.
Der Lebensmittelmarkt wird, wie der amtliche Nachrichtendienst für Ernährungsfragen schreibt, künstlich beeinflusst d. h. verteuert 1. durch Zurückhaltung und Aufspeicherung von Lebensmitteln, 2. durch den Ketten- und Schieberhandel, 3. durch mangelhafte Preisforderungen.

Aufgabe der Behörden und der Öffentlichkeit ist es: a) die Wege dieser Entwicklung und Beeinflussung aufzudecken und b) Fälle, die gegen die Gesetze verstoßen, zur Kenntnis der Behörden zu bringen. In dieser Pflicht für die Öffentlichkeit fällt der Öffentlichkeit die Aufgabe zu, mitzuwirken, wobei, um zum Ziel zu kommen, jeder Unterschied zwischen den Urhebern der zur Beurteilung stehenden Fälle ausgeschlossen sein muß. Ob ein Landwirt eine Gans für 120 Mk. verkauft, oder Landwirte Kartoffeln zu Saatkartoffelpreisen geliefert haben oder Handelsfirmen Ware zu steigenden Preisen zurückhalten und dem Kettenhandel Vorlauf leisten, bleibt gleich verurteilenswert, gleich angelegentlich, gleich strafällig.

Die Fälle, die Anlaß zum Einschreiten der Behörden geben können, müssen einwandfrei feststehen, ebenso wie die Fälle, die Material zur Beurteilung und Abänderung bestehender und als falsch anzusehender Verfügungen und Preisgestaltungen abgeben sollen. Mit unbestimmten Angaben läßt sich nichts anfangen. Bestimmte bezeichnete Fälle oder werden untersucht. Ihre Urheber verfallen dem Gesetz, ganz gleich, ob es sich um Landwirte, Händler oder Verbraucher handelt. Ihr Material oder dient als Unterlage für behördliches Urteil und behördliche Maßnahmen.

Soldaten und sozialdemokratische Presse.

Da und dort ist immer noch die Meinung verbreitet, den Angehörigen des Heeres sei das Lesen sozialdemokratischer Blätter verboten. Besonders ältere Unteroffiziere und Feldwebel, die noch die alten Vorschriften im Kopfe haben, sollen verständlicherweise an der Front und in Garnison den Standpunkt, daß sozialdemokratische Zeitungen keine Lektüre für Soldaten seien, eingenommen haben, wie uns schon wiederholt geflagt wurde.

Ein Parteiblatt, das sich wegen gleicher Klagen an das Kriegsministerium gewandt hat mit der Anfrage, ob ein solches Verbot amtlich erlassen worden sei, hat darauf einen Bescheid erhalten, in dem es u. a. heißt:

Berlin B. 66, 6. Mai 1916.

Nr. 2448, 4. 16. Cl. Leipziger Straße 5.

Fernspr.: Zentrum 6000 u. folg.

Fernverehr.: Zentrum 14171/14172.

Der Redaktion teilt das Kriegsministerium auf das Schreiben vom 15. 3. 16 ergebnis mit, daß vom Kriegsministerium während des Krieges keine Verfügung ergangen ist, die das Halten und Lesen sozialdemokratischer Zeitungen verbietet.

Im Auftrage: v. Wisberg.

Wir bitten unsere Leser im Heere, diesen Bescheid, der dem „Vorwärts“ vor einiger Zeit von einem Vertreter des Kriegsministeriums auch mündlich gegeben worden ist, aus-

zuschneiden und aufzubewahren, damit sie sich bei etwaigen Schwierigkeiten auf ihn berufen können.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen (Bezirksausschuß Karlsruhe)

hat am Montag, 22. Mai, in Karlsruhe eine Gesamtkonferenz abgehalten, die von Vertretern der angeschlossenen Organisationen sehr gut besucht war. Der 1. Vorsitzende, Oberpostsekretär Manz (Karlsruhe) erstattete zunächst den Tätigkeitsbericht für die letzten drei Monate. Neben der Mitarbeit im Beirat des Landespreiskomitees, den staatlichen Versorgungsverbänden und den verschiedenen Preisprüfungsstellen im Lande hat der Bezirksausschuß es sich angelegen sein lassen, auch durch persönliche Führungnahme mit den maßgebenden Behörden den Wünschen der Verbraucher Geltung zu verschaffen. Aus der Zahl schriftlicher Eingaben seien nachfolgende besonders hervorgehoben: die Bitte um sofortige Freigabe von Zucker zur Obstverwertung im Haushalt und die Bitte um sofortige Ergehung von Maßnahmen zur Sicherung unserer Gemüse- und Obsterte. Gegen eine beabsichtigte Erhöhung des Milchpreises war der Bezirksausschuß erfolgreich tätig. In der von der Hauptleitung des Kriegsausschusses im Reiche veranstalteten Kundfrage über den Lebensmittelverbrauch im Kriegshaushalt haben sich in Karlsruhe etwa 50 Familien beteiligt. Diese haben im Monat April nach besonderer Anleitung genaue Aufzeichnungen über die Haushaltsausgaben und die verbrauchten Mengen an Nahrungsmitteln geführt. Das Ergebnis der Kundfrage wird nunmehr statistisch bearbeitet. Die auf Anregung des Kriegsausschusses vom Landespreiskomitee gefertigte, in den letzten Tagen erschienene Zusammenstellung der in Karlsruhe höchstzulässigen Lebensmittelpreise — durch alle Bundesländer usw. zu beziehen — wird lebhaft begrüßt und den Organisationen zur weitesten Verbreitung in allen Kreisen der Verbraucher empfohlen. Durch Uebersichtsausschüsse sollen die Preise und die Güte der Waren in den Läden und auf den Märkten in noch weiterem Umfange wie bisher geprüft werden.

An den Tätigkeitsbericht schloß sich ein mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages des Herrn Arbeitersekretärs Krull (Karlsruhe) über: „Die Lebensmittelversorgung. Wie kann geholfen werden?“ In sachlicher Weise gab der Redner einen Überblick über die gesamte Lebensmittelversorgung, deren Vorzüge und Mängel scharf hervorhebend, und machte wertvolle Vorschläge für eine durchgreifende Bekämpfung des Wunders und der Preissteigerungen. Die Preisprüfungsstellen entsprechen nicht den neuesten Erwartungen, sie müssen umgestaltet werden, sobald die Forderungen der Verbraucher mehr wie bisher Berücksichtigung finden können. Das Landespreiskomitee sollte zu einem mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Nahrungsmittelamt erweitert werden, dem die Vorarbeiten der staatlichen Versorgungsverbände regelmäßig Bericht erstatten müßten, das die Verteilung der zur Verfügung stehenden Lebensmittel zu übernehmen und die Preise festzusetzen hätte. — Nach ergebnisreicher Aussprache wurde eine an die Regierung gerichtete Entschlieung, welche die Lage der Verbraucher eindringlich schildert und Vorschläge im Sinne der Ausführungen des Redners enthält, einstimmig angenommen. — Mit der Vertretung des Bezirksausschusses auf der Jahresversammlung des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen, die am 3. und 4. Juni in Leipzig stattfindet, wird der 1. Vorsitzende beauftragt.

Parteierversammlung. Wir machen heute schon darauf aufmerksam, daß am Mittwoch, 31. Mai eine Parteierversammlung stattfindet mit dem Thema „Unsere Nahrungsmittelversorgung“. Als Redner ist Landtagsabgeordneter Gen. Stöckinger-Förstheim in Aussicht genommen. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Todesfall. Im Alter von 71 Jahren ist hier Hr. Rechnungsrat und Architekt Johann Herbig gestorben. Der Verstorbenen betätigte sich bis zu seinem 39. Lebensjahr als Architekt und trat dann 1884 als technischer Assistent in den badiischen Staatsdienst ein.

1/2 Eier in der Woche. Nach der amtlichen Statistik kommen auf den Kopf der Bevölkerung 1/2 Eier (nicht 3/4) in der Woche. Diese Zahl würde bei der Rationierung der Eier auf 3 Stück erhöht, in der Voraussetzung, daß nicht jeder die Zahl von Eiern verzehrt, die ihm nach der Statistik zusteht.

Die Landesversammlung für die badiische Gefangenenerlöschung wird nun allerorts im ganzen Land am kommenden Sonntag den 28. Mai vorgenommen werden. Zum Verkauf kommt die Dingsfelderische Schrift „Dermitt — Kriegsgefangen“. Sie wird auf den Bahnhöfen, Straßen und Plätzen zum Preis von mindestens 50 Pfg. verkauft. Der Ertrag wird zugunsten unserer Gefangenen in Feindesland verwendet. Jeder möge die Sammlung nach Kräften unterstützen.

„Was sagen die Hamsterer?“ Unter dieser Ueberschrift brachten wir vorgestern eine Notiz, in welcher gesagt ist, daß zu der behördlich angeordneten Eieraufnahme die Schutzmannschaft, welche die Aufnahme im „Millionerquartier“ zu vollziehen hatte, von „oben“ streng angewiesen worden sei, in den Geschloßshäusern lediglich nachzuklagen, keinesfalls aber irgend eine Kontrolle vorzunehmen. Diese Behauptung ist, wie uns mitgeteilt wird, in dem Sinne nicht richtig. Eine derartige Weisung ist an die Polizeibehörden nicht ergangen. Die am 15. Mai vorgenommene Bestandsaufnahme der Eiervorräte stützte sich zunächst auf die Angaben der zur Auskunft Verpflichteten. Eine Kontrolle durch Nachschau in den Vorratsräumen der einzelnen Haushaltungen konnte mit dieser Feststellung schon mit Rücksicht auf die gebotene Beschleunigung der Bestandsaufnahme nicht verbunden werden. Dagegen werden durch die Schutzmannschaft Stichproben über die Richtigkeit der Angaben und zwar ohne Ansehen der Person noch vorgenommen werden.

Nach unserer Ansicht wäre es das Beste, wenn man auch hier die Freiburger Methode (Fragebogen für den gesamten Lebensmittelvorrat) anwenden würde.

Freigabe des Tees. Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H., Berlin, macht bekannt, daß diejenigen Mengen an Tee, für die bisher die Uebernahme nicht ausgesprochen ist, unter folgenden Bedingungen freigegeben werden: 1. Die freigegebenen Mengen dürfen nur an die Verbraucher direkt oder seitens des Großhandels nur an solche Wiederverkäufer des Großhandels abgegeben werden, die sich verpflichten, den Tee unmittelbar an die Verbraucher abzugeben. 2. Im Kleinverkauf dürfen an jeden einzelnen Käufer nicht mehr als 125 Gramm Tee auf einmal verabreicht werden. — Schon verpackte größere Gewichtsportionen als 125 Gramm müssen dieser Bestimmung angepaßt werden. 3. An Großverbraucher (Kaffeehäuser, Kaffee, Gastwirtschaften, gemeinschaftliche Anstalten, Lazarette usw.) darf an Tee dasjenige Quantum in höchstzulässigen Mäßen verkauft werden, das ihrem nachweisbaren wöchentlichen Durchschnittsverbrauch der letzten drei Betriebsmonate entspricht. 4. Im Kleinverkauf darf für guten Konsumtee der Preis für das Pfund (500 Gramm) 4,50 Mk. bezw. für lose Ware und 5 Mk. bezw. für handelsübliche Originalpakete nicht überschreiten. Bessere bis feinste Sorten dürfen die Qualität entsprechend zu höheren Preisen verkauft werden, jedoch nicht höher als 8.— Mk. das Pfund für lose Ware und 8,50 Mk. das Pfund für gepackte Ware. 5. Bei Mischungen von

schwarzem und grünem Tee ist das Mischungsverhältnis auf der Umhüllung (Verpackung) anzugeben und der Verkaufspreis entsprechend niedriger zu stellen. Demjenigen Verkäufer von Tee, welche die obigen Bedingungen nicht einhalten, wird durch den Kriegsausschuß ihr gesamter Vorrat an Tee abgenommen werden.

Sammlung der Briefe von Kriegsteilnehmern. Das stello. Generalkommando Karlsruhe macht erneut darauf aufmerksam, daß es Briefe und Aufzeichnungen von Kriegsteilnehmern mit Schilderungen aus dem Feldzug sammelt. Es bittet daher, ihm derartige Briefe in Urchrift oder Abschrift unter Angabe des Truppenteils des Verfassers zu übersenden. Auf Wunsch werden die urchriftlich eingereichten Briefe nach Fertigstellung einer Abschrift zurückgeliefert.

Liefert Metallgegenstände ab. In den letzten Tagen wurden durch die Schutzmannschaft in hiesigen Haushaltungen Durchsuchungen nach ablieferungspflichtigen Haushaltsgegenständen aus Kupfer, Messing und Reinmetall vorgenommen und dabei eine größere Menge ablieferungspflichtiger Gegenstände vorgefunden, deren Besitzer zur Anzeige gelangten. Es kann nur dringend geraten werden, etwa noch vorhandene Gegenstände der in Betracht kommenden Art sofort zur Ablieferung zu bringen.

Viktor-Roman-Ausstellung. Freunden und Bekannten, insbesondere auch den zahlreichen Schülern des am 10. März d. J. verstorbenen Malers und Zeichenlehrers Viktor Roman, danken wir einen Dienst zu erweisen, wenn wir auch an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, daß ein Teil von dessen künstlerischer Nachlass in hiesigen Kunstvereinen zur Ausstellung gelangt ist, der Zeugnis gibt von der ungeschwächten Schaffenskraft, sowie der hohen Meisterhaftigkeit des Berechtigten auf seinem Spezialgebiet. Die ausgestellten Aquarelle sind mit wenig Ausnahmen veräußlich.

Gestorben ist gestern der 47 Jahre alte Krabnenführer Joh. Kohl aus Brühl an den Folgen eines Unfalls, welchen er sich vor einiger Zeit in einer Fabrik der Weststadt zugezogen hatte.

Einen Schlaganfall erlitt gestern vormittag 6,15 Uhr ein 70-jähriger Fabrikarbeiter aus Eggelheim beim Bahübergang in der Honsestraße. Er fand Aufnahme im städt. Krankenhaus.

Zur Anzeige gelangten mehrere hiesige Wirte und Metzger, weil sie das Rohfleisch von gewerbsmäßig geschlachtetem Rindvieh nicht bei der Fetttschmelze hier zur Ablieferung brachten, sowie eine größere Anzahl Milchhändler und Milchproduzenten wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Milch.

In Sachen „Italiener am Gaswerkbau“ (siehe gestrige Notiz) ist richtigzustellen, daß es sich nicht um die hiesige Firma Wilhelm Red, sondern die Stuttgarter Firma Hugo Red (Zentrale Karlsruhe) handelt, welche besagte Italiener beschäftigt.

Veranstaltungen.

Arbeiter-Jugend. Heute abend Zusammenkunft im Gardinal.

Neues vom Tage.

„Gelbentaten“.

Ein peinlicher Vorfall, dessen leidenden Mittelpunkt der Hilfslehrer am Orientalischen Seminar, Zubairu ibe Adam, ein Neffe des Lamido (Sultan) von Garua in Kamerun, bildete, hat sich im Norden Berlins abgepielt. Der braune Afrikaner, der als geborener Kameruner zu den Schutzbesoldeten des Deutschen Reiches gehört, ging ahnungslos spazieren, als er plötzlich von einigen RAFanten angegriffen, beschimpft und mißhandelt wurde. Offenbar glaubten diese „Gelben“, in dem dunkelhäutigen Manne einen farbigen Engländer oder Franzosen vor sich zu haben, und so wurde dem Armen, der zunächst gar nicht wusste, um was es sich handelte, gar böse mißgespielt. Der Vorfall ist um so bedauerlicher, als der Kameruner den Ueberfall in keiner Weise provoziert hatte, sondern ruhig seines Weges gegangen war, und weil nicht der geringste Anlaß zu einem Angriff vorlag. Außerdem darf noch erwähnt werden, daß der Onkel des Ueberfallenen der Lamido von Garua, dem Deutschen Reich die Treue gehalten und mit seinen Kriegern tapfer gegen die Engländer und die Franzosen gekämpft hat. Man muß deshalb wünschen, daß die „Gelben“ zur Verantwortung gezogen werden.

Reizte Nachrichten.

Die Umsatzsteuer angenommen.

Berlin, 24. Mai. (M. B. Nichtamtlich.) Steueramtschuß des Reichstags. In der Weiterberatung des Warenaumsatzsteuergesetzes im Steueramtschuß des Reichstags wurde beschlossen, Gas, elektrischen Strom und Leitungswasser von der Steuer zu befreien, sofern die Lieferung durch Reichs-, Staats- oder Gemeindebetriebe erfolgt. Als Zeit des Inkrafttretens wurde der 1. Oktober 1916 festgesetzt. Der Steueramtschuß hat damit seine Aufgabe erledigt.

Die Herabsetzung der Altersgrenze.

Berlin, 24. Mai. Der Reichstagsausschuß zur Beratung des Gesetzesentwurfes über die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersrente hat das Gesetz in zweiter Lesung, übereinstimmend mit der Fassung, die es in der ersten Lesung erhalten hatte, angenommen.

Beschränkung des Druckpapier-Verbrauchs.

Berlin, 24. Mai. In einer gestern abgehaltenen Konferenz der an der Regelung des Verbrauchs von Druckpapier interessierten Organisationen, zu der auch die amtlichen Stellen Vertreter entsandt hatten, wurde das Ergebnis der jetzt durchgeführten Bestandsaufnahme bekannt gegeben. Hierbei wurde mitgeteilt, daß eine allgemeine Einschränkung des Verbrauches erforderlich sein werde, wenn gleich Einzelheiten der bevorstehenden Rationierung noch nicht feststehen. Es sei eine grundsätzliche Uebereinstimmung der in Frage kommenden Stellen bereits erzielt. Die dahingehende Bundesratsverordnung, die recht einschneidende Bestimmungen für das Zeitungsgewerbe mit sich bringen dürfte, ist für den Anfang nächsten Monats zu erwarten.

Eine gemeinsame Aktion der Bergarbeiterverbände.

Berlin, 25. Mai. Laut „Vorwärts“ ist von den vier neuverstaatlichten Bergarbeiterverbänden eine Aussprache über die Lohn- und Lebensmittelfrage mit dem Reichskanzler oder dessen Stellvertreter nachgeplant worden. Sie soll demnächst stattfinden.

Eine Friedensaktion Wilsons?

M. B. Berlin, 25. Mai. Der „Kreuzzeitung“ zufolge wird der bekannte Vertrauensmann Wilsons, Oberst Goule,

demnächst abermals nach Europa kommen, um bei den kriegsführenden Staaten vertrauliche Anfragen zu stellen, wie sie sich zu Erörterungen von Friedensbedingungen verhalten würden.

Friedensstimmung in Amerika.

Wien, 25. Mai. Die „Neue Freie Presse“ glaubt, daß die Friedensströmung in den Vereinigten Staaten die Kandidaten für die Präsidentschaft fortsetze und daß Wilson die guten Dienste der Vereinigten Staaten nicht angehtündigt hätte, wenn er glaubte, daß eine solche Politik der englischen Regierung unwillkommen wäre. — Das „Neue Wiener Tagblatt“ stellt fest, daß Wilson in unverbindlicher Form die Zeit für Friedensverhandlungen der Vereinigten Staaten als geeignet bezeichnet habe, ohne daß er erklärt hätte, daß er entschlossen sei, den Augenblick zu nutzen. Wenn Wilson von Menschlichkeit spreche, so entspreche sein Appell der großzügigen Erklärung Bethmann Hollwegs, die er dem amerikanischen Journalisten gegenüber gegeben habe. — Die „Reichspost“ betont, die Friedensmission der Union liege insbesondere darin, daß es vom freien Willen Amerikas abhängt, den Krieg des Viererbundes durch Einstellung der Kriegsmittellieferungen auszuheben. Die „Reichspost“ und das „Extrablatt“ stellen übereinstimmend fest, daß Wilson die Mittelmächte allezeit bereit finden werde, einen Frieden zu machen, der wirklich Frieden bringt, wofür, wie das „Extrablatt“ sagt, Bethmann Hollweg genau den Weg gewiesen habe.

Eine Offensive Serrails?

Bern, 24. Mai. Die Schweizerische Telegrapheninformation meldet aus Saloniki: Unter dem Vorsitz des Oberkom-

mandanten der Orientarmee der Entente, General Serrail, fand hier eine große Beratung aller Kommandanten statt, an der auch der neue englische Höchstkommandierende, General Milne, und serbische Offiziere teilnahmen. Es sollen wichtige Beschlüsse gefaßt sein. Seit einigen Tagen geht eine Umgruppierung der Truppen vor sich. General Serrail legt die militärischen Vorbereitungen im großen Stile fort. Nach den Neuheiten zu schließen, kann kaum daran gezweifelt werden, daß die Ententearmee eine ernste Offensive gegen die deutsch-bulgarischen Truppen vorbereitet. 48 000 Mann Serben wurden bisher gelandet. Ungeheure Mengen Munition werden ununterbrochen ausgeschifft, neue Batterien und Pferde werden an Land gebracht. Die Genjur arbeitet mit großer Strenge und hält alle Mitteilungen militärischer Natur zurück. (S. 6. Bg.)

Flucht der Bevölkerung aus den italienischen Alpenländern.

W. B. Bern, 25. Mai. „Italia“ enthält eine Meldung aus Vicenza, wonach die Bevölkerung der Apentäler vor den Oesterreichern in die Städte flüchtet. In Vicenza seien in den letzten Tagen 20 000 Personen angekommen, die jetzt untergebracht werden müßten. Ebenso seien in Trient, Brignano, Salsò, Breganze, Lugo, Morositta, Marano und Robe viele Flüchtlinge angekommen. Die Bevölkerung von Trient sei nach Novento, diejenige von Arriero nach Lonigo geflüchtet.

Rundgebungen gegen die Fleischteuerung in Paris.

W. B. Bern, 24. Mai. Wie der „Matin“ meldet, kam es in Paris zu lärmenden Rundgebungen der Hausfrauen in den Markthallen wegen maßloser Fleischpreise, die dazu führ-

ten, daß bedeutende Mengen unberauft blieben, die am anderen Tag von der Fleischbeschau als verdorben der Abbedeckung überworfen wurden. Ansammlungen von Hausfrauen, die der Fortschaffung zusehen, gaben ihren Unwillen durch entrieffene Protestrufe zu erkennen. Sie forderten dringend Kühlanlagen, sowie ein behördliches Eingreifen, um durch angemessene Preisermäßigungen ähnliche Vorkommnisse zu vermeiden.

Annahme des Dienstpflichtgesetzes im Oberhaus.

London, 24. Mai. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Büros. Das Oberhaus hat die Militärdienstpflicht einstimmig in drei Lesungen angenommen.

Unruhen in Tripolis.

Rom, 24. Mai. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung der Agenzia Stefani. Da seit einigen Tagen die Drohung der Aufständischen gegen die Bevölkerung von Zurara, die den Italienern stets treu geblieben ist, sich verschärft hat, wurde in Tripolis eine Gifsexpedition ausgerüstet, die bei ihrer Landung von der Bevölkerung von Zurara mit Begeisterung empfangen wurde. Die Aufständischen wurden geschlagen und ließen eine große Anzahl Beute und Gefangene zurück.

Wasserstand des Rheins.

25. Mai. Schifferinsel 2,50 m, gef. — cm, Rehl 3,30 m, gest. 7 cm, Marau 4,85 m, gest. 11 cm, Mannheim 3,94 m, gest. 7 cm.

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: Wilhelm Korb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Anzeigen: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Deutscher Buchbinder-Verband Zahlstelle Karlsruhe. Todes-Anzeige. Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem Ableben unseres langjährigen Kollegen August Walther geziemend in Kenntnis zu setzen. 1765 Die Feuerbestattung erfolgt am Freitag, den 26. ds. Mts., vormittags 1/2 12 Uhr. Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein Karlsruhe Todes-Anzeige. Wir setzen unsere Mitglieder von dem Hinscheiden des Genossen August Walther, Buchbinder hierdurch geziemend in Kenntnis. 1767 Die Feuerbestattung findet Freitag, 26. Mai, vormittags 1/2 12 Uhr, statt. Wir erziehen unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung. Der Vorstand.

Sängerbund „Vorwärts“ Karlsruhe. Am 24. Mai, morgens 2 Uhr, verschied nach langjährigem Leiden unser treues Mitglied August Walther, Buchbinder im Alter von 89 Jahren. 1766 Die Feuerbestattung findet Freitag, 26. Mai, vormittags 1/2 12 Uhr, statt und ersuchen wir unsere verehrl. Mitglieder um zahlreiche Beteiligung. Der Vorstand.

Trauerhüte in grosser Auswahl L. Weingand, Karlsruhe-Mühlburg gegenüber der katholischen Kirche. 1147

Künstler-Postkarten. 12 Ansichten aus dem Stadtpark v. Prof. Göhler Preis Mk. 1.— 12 Ansichten aus der Stadt von Maler W. Hempfing Preis Mk. 1. Vorrätig in allen einschlägigen Geschäften.

Sängerbund Vorwärts 18 90 Karlsruhe. Hiermit laden wir sämtliche antwortenden Mitglieder zu einer Versammlung auf Samstag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in das Vereinslokal, „Deutsche Eiche“, freundlichst ein. Tagesordnung: Die Wiederaufnahme der Singstunden. Wir erwarten von den Mitgliedern, aktive und passive, vollzähliges und pünktliches Erscheinen. 1762 Der Vorstand.

Karlsruher Ferienkolonien. Aufruf! Die erfolgreiche Entwicklung des seit 36 Jahren bestehenden Liebeswerkes der Karlsruher Ferienkolonien danken wir dem stets lebendigen und zum Wohlsein bereiten Sinn, der unermüdbaren Opferwilligkeit unserer Mitbürger. Unsere langjährigen Erfahrungen, insbesondere die Ergebnisse der schulärztlichen Untersuchungen unserer Schulkinder und nicht zuletzt die durch den Krieg geschaffene Notlage in zahlreichen Familien machen es uns zur unabwendbaren Pflicht, den Wirkungsbereich unserer Jugendfürsorge zu erweitern, um eine kräftige und gesunde Generation zu schaffen, die die höchsten Güter unseres Vaterlandes gegen alle Feinde schützt. Darum bitten wir alle Kinder- und Menschenfreunde recht eindringlich um ihre tatkräftige Unterstützung und hoffen zuversichtlich, daß unser Aufruf nicht nur die bisherigen Gönner und Freunde uns treu erhalten, sondern auch neue Kreise der hiesigen Einwohnerschaft gewinnen wird, die uns bisher verschlossen waren. Zur Entgegennahme von Gaben sind außer dem unterzeichneten Ausschuss bereit: die Herren Direktoren der höheren Schulen, die Herren Geistlichen, Herr Direktor Hofrat Odenstein, sowie die Herren Oberlehrer der Volksschulen. Karlsruhe, den 22. Mai 1916. Der Ausschuss: Dr. Appel, Stadtrabbiner, Kaiserstr. 34a; Dr. Bähr, Medizinalrat, Kaiserstr. 223; v. Barjewitsch, Oberst a. D., Eisenlohrstr. 32; Dr. Brian, Medizinalrat, Helmholzstr. 9; Dr. Doll, Geh. Hofrat, II. Vorzimmer, Rittenstr. 26; Dürr, Stadtschulrat, I. Borsigender, Hoffstr. 6; Dr. Eisenlohr, Arzt und städt. Schularzt, Kriegstr. 47a; Frick, Oberlehrer, Sommerstr. 10; Geier, Oberlehrer, Schriftführer, Baumwiesenstr. 44; Gahner, Oberlehrer, Duracher Allee 16; Dr. Hoffmann, Medizinalrat, Kriegstr. 11; Dr. Horstmann, Bürgermeister, Weidenstr. 60; Frau Kommerzienrat Hoepfner, Rintheimerstr. 15; Knörzger, Geistlicher Rat, Ehrenbühner, Erbprinzenstr. 14; Frau Oberbürgermeister Lauter, Kriegstr. 182; Fräulein Luß, Inspektorin des Handarbeitsunterrichts, Löwentstr. 30; Dr. Müller, Medizinalrat, Medienbaderstr. 8; Dr. Pauli, Arzt und städt. Schularzt, Leopoldstr. 38; Peter, Vordirektor, Schachmeister, Kreuzstr. 1; Rapp, Stadtpfarrer, Friedrichsplatz 15; Frau Geh. Hofrat Rebmann, Gartenstr. 5a; Dr. Resch, Stadtschulrat, Kriegstr. 29; Frau Oberamtsrätin Dr. Sautier, Weinbrennerstr. 42; Dr. Seidenadel, Geh. Regierungsrat, Ausbrenntand, Karl-Friedrichstr. 15; Siegrist, Oberbürgermeister, Fichtestr. 1; Specht, Hofrat, Ehrenmühlweg, Rathstr. 13; Stehlin, Rektor, Kaiserstr. 55; Dr. Steiner, Oberarzt, Eisenlohrstr. 5; Dr. Stroche, Privatier, Kaiserstr. 201; Trautmann, Architekt, Eisenlohrstr. 16; Dr. Trost, Hofrat, Novad-Anlage 13; Williard, Baurat, Sofienstr. 43; Ziegler, Geh. Hofrat, Weidenstr. 74.

Der Ausschuss: Dr. Appel, Stadtrabbiner, Kaiserstr. 34a; Dr. Bähr, Medizinalrat, Kaiserstr. 223; v. Barjewitsch, Oberst a. D., Eisenlohrstr. 32; Dr. Brian, Medizinalrat, Helmholzstr. 9; Dr. Doll, Geh. Hofrat, II. Vorzimmer, Rittenstr. 26; Dürr, Stadtschulrat, I. Borsigender, Hoffstr. 6; Dr. Eisenlohr, Arzt und städt. Schularzt, Kriegstr. 47a; Frick, Oberlehrer, Sommerstr. 10; Geier, Oberlehrer, Schriftführer, Baumwiesenstr. 44; Gahner, Oberlehrer, Duracher Allee 16; Dr. Hoffmann, Medizinalrat, Kriegstr. 11; Dr. Horstmann, Bürgermeister, Weidenstr. 60; Frau Kommerzienrat Hoepfner, Rintheimerstr. 15; Knörzger, Geistlicher Rat, Ehrenbühner, Erbprinzenstr. 14; Frau Oberbürgermeister Lauter, Kriegstr. 182; Fräulein Luß, Inspektorin des Handarbeitsunterrichts, Löwentstr. 30; Dr. Müller, Medizinalrat, Medienbaderstr. 8; Dr. Pauli, Arzt und städt. Schularzt, Leopoldstr. 38; Peter, Vordirektor, Schachmeister, Kreuzstr. 1; Rapp, Stadtpfarrer, Friedrichsplatz 15; Frau Geh. Hofrat Rebmann, Gartenstr. 5a; Dr. Resch, Stadtschulrat, Kriegstr. 29; Frau Oberamtsrätin Dr. Sautier, Weinbrennerstr. 42; Dr. Seidenadel, Geh. Regierungsrat, Ausbrenntand, Karl-Friedrichstr. 15; Siegrist, Oberbürgermeister, Fichtestr. 1; Specht, Hofrat, Ehrenmühlweg, Rathstr. 13; Stehlin, Rektor, Kaiserstr. 55; Dr. Steiner, Oberarzt, Eisenlohrstr. 5; Dr. Stroche, Privatier, Kaiserstr. 201; Trautmann, Architekt, Eisenlohrstr. 16; Dr. Trost, Hofrat, Novad-Anlage 13; Williard, Baurat, Sofienstr. 43; Ziegler, Geh. Hofrat, Weidenstr. 74. Geschäftsstelle: Kreuzstr. 15, 3. Stock, Zimmer 26; Telefon: 5620 (Volksschulrektorat).

Hohen Lohn verdienen Frauen und Mädchen. Bulach, Friedrichstr. 8. schöne, geräumige 3 Zimmer-Wohnung nebst Zubehör sofort oder später zu vermieten. 1770 Wilh. Schwender. 1763 Zu erfragen 2. Stad. Bahnhof.

Städt. Nahrungsmittelamt. Verkauf von Fischen in der Fischmarkthalle am Donnerstag von 3 1/2 bis 7 Uhr und Freitag von vormittags 8 Uhr ab. Verkäufer Zipp verkauft in der Sofienstraße 98/98 am Donnerstag von 3 bis 6 Uhr und in der Georg-Friedrichstraße am Freitag von vormittags 8 Uhr ab. 1768

Pflanzet Gemüse!! Eine Aufforderung und Anleitung zum Gemüsebau von G. Thiem, Großh. Obstbaulehrer an der Landwirtschaftsschule Augustenberg. Ein in der jetzigen Zeit des Kleingemüsebaues sehr empfehlenswertes Werkchen. Preis 50 Pfg. Nach auswärts 5 Pfg. Porto. Buchhandlung „Volkshilf“ Luisenstraße 24 — Telefon Nr. 128.

Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe. Donnerstag, den 25. Mai, abends halb 9 Uhr, in der „Gewerkschafts-Zentrale“, Kaiserstr. 18: Vertreter-Versammlung. Tagesordnung: 1. Inneres. 1745 2. Kassendbericht. 3. Sekretariatsbericht. 4. Die Lebensmittelförderung. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Vertreter notwendig. Die Kartell-Kommission.

Daniels Konfektions-Haus. Weiße u. farbige Blusen Mk. 1.45 an Wilhelmstr. 34. 1761

Städt. Vierordtbad. Kohlensäurebäder und elegante Wannenbäder. I., II. und III. Klasse. Für Herren und Damen geöffnet Werktags vorm. 7—1 Uhr, nachm. 3—8 1/2 Uhr. Samstags abends bis 9 Uhr und Sonntags nur vorm. 7—12 Uhr. Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 66

Umzüge m. Möbelwagen od. Selbstmitführung am allerbilligsten. R. Winkler, Leisingstr. 20. Tel. 1700. Haftbar f. Schaden d. Diebstahl, Haftpf. u. Transp. Versicherung. 1205

12 St. pol. Kleiderkränze 20 bis 35 Mk., pol. Betten in Federbett von 25 Mk. an, Kinderbett, Sofa, großer Eisschrank, Klappwagen und verschiedenes. 1759 Ruf, An- u. Verl., Aronenstr. 1. Möbel werden jederzeit angekauft.

Kinderregwagen aut erbt billig zu verkaufen. Wielandstr. 24. IV.

Städt. Nahrungsmittelamt. Verkauf von Fischen in der Fischmarkthalle am Donnerstag von 3 1/2 bis 7 Uhr und Freitag von vormittags 8 Uhr ab. Verkäufer Zipp verkauft in der Sofienstraße 98/98 am Donnerstag von 3 bis 6 Uhr und in der Georg-Friedrichstraße am Freitag von vormittags 8 Uhr ab. 1768

Pflanzet Gemüse!! Eine Aufforderung und Anleitung zum Gemüsebau von G. Thiem, Großh. Obstbaulehrer an der Landwirtschaftsschule Augustenberg. Ein in der jetzigen Zeit des Kleingemüsebaues sehr empfehlenswertes Werkchen. Preis 50 Pfg. Nach auswärts 5 Pfg. Porto. Buchhandlung „Volkshilf“ Luisenstraße 24 — Telefon Nr. 128.

Genossenschaft... Die Verhältnisse... durch sein... Explosion... Genesung... In Be...